

Achtung! Mitgliedsbeitrag 1979

Der Mitgliedsbeitrag für das Jahr 1979 beträgt

für Einzelmitglieder	5,— DM
für korporative Mitglieder	25,— DM

Der Einfachheit halber bitten wir, eine Einzugsermächtigung (Vordruck siehe am Schluß dieses Heftes) ausgefüllt und unterschrieben an unsere Geschäftsstelle, Südergraben 53, 2390 Flensburg, zu senden.

**Die Geschäftsstelle des Grenzfriedensbundes
ist in Flensburg**

Südergraben 53, 2390 Flensburg

Geschäftsführer: Hans Olland

Sprechzeit: Montag-Freitag 9-12 Uhr

Fernsprecher (04 61) 2 67 08

Bankkonto: Stadtparkasse Flensburg 200 10 20

Postscheckkonto: Hamburg 114 07-206

WAS DIESES HEFT BRINGT

Seite

Reinhold Borzikowsky

Das Institut für Regionale Forschung und Information..... 98

Bodo Richter

Lorenz v. Stein 105

Fritz Laack

Rendsburg und Rødding —

der Anfang deutscher und dänischer Volksbildung..... 114

Manfred Jessen-Klingenberg / Jörn-Peter Leppien / Hans-F. Rothert

Das Problem Idstedt 120

Ernst Siegfried Hansen

Der Mann, der über die Grenze kam 134

Ein Leben im Dienste der Heimat 139

Umschau ab Seite 143

REINHOLD BORZIKOWSKY, geb. 12. 6. 1913 in Sonderburg; 1932 Abitur Kaiser-Karl-Schule, Itzehoe; 1932-37 Studium der Rechtswissenschaften und der Volkswirtschaft; anschließend 1. und 2. Staatsexamen; Kriegsteilnahme; von 1947-66 Landrat des früheren Kreises Husum; 1967-74 Staatssekretär im Kultusministerium Schleswig-Holstein; 1974-78 Präsident des Landesrechnungshofes Schleswig-Holstein; seit 1947 Mitglied des Vorstandes des Deutschen Grenzvereins; zur Zeit Direktor des Instituts für Regionale Forschung und Information.

*

ERNST SIEGFRIED HANSEN, geb. 1917 in Bredebro/Kreis Tondern. Nach Abitur am Deutschen Gymnasium in Apenrade 1937-39 Presseausbildung in Flensburg und Berlin. 1940-42 ergänzendes Geschichtsstudium in Berlin, 1942-44 Auslandskorrespondent in Paris. 1944-53 als Redakteur in Nordschleswig, Mitbegründer des Bundes deutscher Nordschleswiger. 1953 bis heute in Kopenhagen, seit 1957 als Auslandskorrespondent der Deutschen Presse-Agentur (dpa) für Dänemark und Norwegen.

*

FRITZ LAACK, Dr. rer. pol., Ministerialrat a. D., geb. am 1. 9. 1900 in Berlin. Nach dem Studium der Rechts- und Staatswissenschaften Lehrer an der Heimvolkshochschule Rendsburg; Geschäftsführer der Deutschen Schule für Volksforschung und Erwachsenenbildung in Berlin, einer Forschungs- und Ausbildungsstätte der Volksbildung. 1933 Arbeitsverbot und ab 1934 Industrietätigkeit. Von 1947—1951 Leiter der Heimvolkshochschule Rendsburg; danach Leiter der Abteilung Kultur, Volksbildung, Jugend und Sport im

Kultusministerium Schleswig-Holstein. Von 1965 an als freier Schriftsteller tätig.

MANFRED JESSEN-KLINGENBERG, geb. 1933, Studium der Geschichte und der Lateinischen Philologie in Kiel, Staatsexamen, Promotion zum Dr. phil., wissenschaftl. Assistent am Historischen Seminar (Prof. Scharff), Studienrat in Rendsburg.

*

JÖRN-PETER LEPIEN, geb. 1943, Studium der Geschichte, Philosophie und der Politischen Wissenschaft in Kiel, Staatsexamen, Promotion zum Dr. phil., Studienreferendar in Flensburg.

*

HANS-FRIEDRICH ROTHERT, geb. 1936, Studium der Geschichte und der Romanischen Philologie in Kiel, Staatsexamen, Promotion zum Dr. phil., Oberbibliotheksrat in Kiel (Landesbibliothek).

*

BODO RICHTER, Dr. jur., geb. 15. 12. 1941 in Flensburg; 1948 bis 1961 Schulbesuch in Sörup, Satrup und Dortmund; 1956 bis 1960 Teilnahme am Schüleraustausch in Frankreich und einjähriger Besuch der High School in Mayville/Michigan; 1961 bis 1965 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Kiel und Saarbrücken, 1. juristisches Staatsexamen in Schleswig; 1965 bis 1970 Referendarausbildung, Große juristische Staatsprüfung; 1972 Promotion mit einer Arbeit über „Völkerrecht, Außenpolitik und internationale Verwaltung bei Lorenz von Stein“; 1970 bis 1973 Richter am Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgericht; 1973 bis 1977 Bürgermeister der Stadt Schleswig; ab 1. Januar 1978 Oberbürgermeister der Stadt Flensburg.

GRENZ- FRIEDENS- HEFTE

DIE GESCHICHTE IST NICHT TOT ...

Die Geschichte ist nicht tot. Durch das, was vor uns war, sind wir geworden, was wir sind und können uns nicht von ihm losreißen. „Treibe die Natur mit der Heugabel aus, sie wird doch immer wieder hereinkommen“, sagt Horaz; dasselbe gilt für die Vergangenheit. So wie der einzelne durch die Erfahrungen seines Lebens, von frühester Kindheit an, konstituiert ist, gehört die Vergangenheit zum gegenwärtigen „Ich“ eines Volkes; und was für den einzelnen das Gedächtnis ist, ist für die Völker die Geschichtsschreibung. Es gibt kein bloßes Leben in der Gegenwart, wenn es ein solches einmal gäbe, wenn eine Zivilisation sich um jeden bewußten Kontakt mit ihrer Vergangenheit brächte, so würde sie nicht lange heil bestehen. Sie wäre dann keinem neuen Erlebnis gewachsen. Jeder unerwartete Sturm würde sie umwerfen; durch ein vermessenes, törichtes Verhalten würde sie ihren Untergang noch beschleunigen. Sind nicht die größten Katastrophen unserer Zeit aus einer solchen pöbelhaften Unwissenheit erwachsen? Die noch wüsteren Katastrophen, die drohen, wären sie nicht eine Folge derselben Vermessenheit? Geschichtliches Wissen weist uns unseren Platz an, lehrt uns das Mögliche und Unmögliche. Es hindert uns nicht, das Neue, Notwendige zu tun. Es soll uns nicht am Veralteten kleben, dem unwiederbringlich Verlorenen vergebens nachtrauern lassen. Wie jeder Besitz, jede Haltung, jedes Wissen bringt auch die Historie Gefahren mit sich, die es zu vermeiden gilt. Geschichte soll uns nicht nur zeigen, was wir sind; sie soll uns auch zeigen, was wir nicht mehr sind und warum wir uns gewisse politische Spiele, die unsere Väter betrieben, nun nicht mehr gestatten können. Denn unsere gegenwärtige Situation, ob sie gleich von der Vergangenheit gemacht ist, ist doch verschieden von aller Vergangenheit, und uns sind Aufgaben gestellt, die wir lösen werden oder nicht, die aber keine frühere Generation zu

lösen hatte. Es ist nicht wahr, daß es nichts Neues unter der Sonne gibt. Indem wir uns geschichtlich vergleichen, erfassen wir unsere eigene Herkunft, das Ähnliche, sich Wiederholende, und dann auch das Einzigartige unserer eigenen Erfahrung.

GOLO MANN

in der Einleitung zu seiner Deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts.

Das Institut für Regionale Forschung und Information

Der Deutsche Grenzverein e. V. errichtete im Jahre 1978 in Flensburg das Institut für Regionale Forschung und Information mit dem Ziele, seinen Arbeitsbereich, der sich bisher schwerpunktmäßig auf die Erwachsenenbildung konzentrierte, durch die Gebiete Forschung, Dokumentation und Information zu erweitern.

Die beschließenden Organe des Grenzvereins ließen sich bei der Gründung der neuen Einrichtung von der Erkenntnis leiten, daß bei der Erörterung, Bearbeitung und Lösung grenzpolitischer Fragen im politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereich nicht selten ausreichende und durchdachte Grundlagen fehlten, die eine der deutsch-dänischen Grenzregion entsprechende Entscheidung ermöglicht hätten, ja es wurden gelegentlich — sicher völlig unbeabsichtigt — Beschlüsse gefaßt, die so ganz und gar nicht den besonderen Verhältnissen im Grenzland entsprachen.

Diese Tatsache war u. a. auch darauf zurückzuführen, daß eine weitgreifende Forschung über Probleme der deutsch-dänischen Grenzregion in den vergangenen Jahrzehnten kaum betrieben wurde. Infolgedessen gibt es auf vielen Gebieten offene Fragen und erhebliche Wissenslücken. Dieser Mangel ist insbesondere in den Jahren von 1930 bis 1950 entstanden. Es war die Zeit des Zusammenbruchs der Weimarer Republik und des nationalsozialistischen Systems mit seinen verhängnisvollen Folgen für das ganze deutsche Volk, schließlich die Zeit der Überwindung der ärgsten Nachkriegsnöte.

Für ernsthafte Forschungsarbeit war naturgemäß kein Raum. Auch die Möglichkeit, auf der Grundlage einer umfassenden Dokumentation genügende Information über den Grenzraum berührende Fragen zu erhalten, ist bisher nicht im wünschenswerten Umfange vorhanden. Manche Fehlentwicklung ist sicher durch unzureichende Kenntnisse über bestimmte Sachverhalte zu erklären. Leider war in manchen Fällen der hieraus entstandene Schaden nicht unbeträchtlich und nicht mehr gutzumachen.

Auch auf dänischer Seite sah man sich in einer gleichen Lage. Hier arbeitete bereits seit 1976 ein Grenzforschungsinstitut mit beachtlichem Erfolg unter Leitung von Prof. Troels Fink.

Die Verhältnisse und die Probleme diesseits und jenseits der Grenze sind, wie es nur zu natürlich ist, ähnlich. Im Interesse der Bevölkerung ist daher eine gewisse Abstimmung angebracht, ohne daß deswegen eine Institutionalisierung in irgendeiner Form notwendig wäre. Solche Kontakte sind auch unbestritten von allen gewollt. Diese herzustellen und zu pflegen, sollte eine vordringliche Aufgabe

der neu errichteten Grenzforschungsinstitute sein. Bei der Aufnahme der hierfür notwendigen Gespräche machte sich das Fehlen eines geeigneten deutschen Partners des dänischen Grenzforschungsinstituts recht nachteilig bemerkbar. Gerade von dänischer Seite wurde darauf hingewiesen, daß man in Fragen der Forschung oft nicht wisse, an wen man sich wenden solle oder wer verantwortlich für die verschiedenen deutschen mit Forschungsarbeit befaßten Stellen zu sprechen habe. Es kam hinzu, daß auch auf unserer Seite bedauert wurde, daß die Aktivitäten im Bereiche der Forschung zwar vielfältig seien, aber nicht miteinander harmonierten, ja sogar gegeneinander liefen. Hierdurch wurde die Bedeutung und Wirkung der deutschen Bemühungen um die Klärung von Problemen der Grenzregion stark vermindert, ja, man mußte befürchten, daß die deutsche Stimme in wissenschaftlichen Fragen dieser Landschaft kaum noch gehört wurde.

In dem Bestreben, diesen unbefriedigenden Zustand zu beheben, beschloß der Deutsche Grenzverein e. V. bereits im Jahre 1974, einen *Forschungsrat* zu errichten. Er sollte die Aufgabe übernehmen, Forschung im Grenzgebiet anzuregen und zu fördern.

Der Forschungsrat hielt seine konstituierende Sitzung am 25. Februar 1975 ab. Ihm ist eine Fülle von Initiativen zu verdanken. Wesentliche Ansätze auf vielen Gebieten konnten erzielt werden. Den Mitgliedern gebührt für ihren Einsatz und ihre erfolgreiche Arbeit besonderer Dank.

Es zeigte sich jedoch sehr bald, daß der Forschungsrat die ihm gestellten Aufgaben mit den ihm zur Verfügung stehenden Kräften und Mitteln nur in begrenztem Umfange erfüllen konnte. Die Mitglieder des Forschungsrates, aber auch der Vorstand des Deutschen Grenzvereins erkannten sehr bald, daß die Anforderungen, die berechtigterweise auf diesem Arbeitsgebiet gestellt werden mußten, eine Forschungsbreite verlangten, die sich nicht nur auf historische und kulturelle, sondern vor allem auch auf wirtschaftliche, soziale, aber auch auf politische Themen erstreckte.

Eine solche Zielsetzung aber durchbrach den Rahmen der Möglichkeiten des Forschungsrates. Er selber bemühte sich tatkräftig um eine Verbreiterung der Arbeitsgrundlagen. So wurde im Einvernehmen mit dem Forschungsrat und dem Deutschen Grenzverein e. V. am 1. 4. 1978 mit Zustimmung der Landesregierung Schleswig-Holstein das *Institut für Regionale Forschung und Information* errichtet, in das die Aktivitäten des bisherigen Forschungsrates eingebunden wurden.

Am 1. 7. 1978 wurde der Aufbau und die Leitung des Instituts dem Staatssekretär i. R. und früheren Präsidenten des Landesrechnungshofes Schleswig-Holstein, Reinhold Borzikowsky, übertragen.

Die Aufgaben des Instituts

Auf Grund des Statuts vom 1. April 1978 wurden der neugegründeten Einrichtung durch den Vorstand des Grenzvereins folgende Aufgaben zugewiesen:

1. Erarbeitung von Grundlagen für die Beurteilung der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Situation im deutsch-dänischen Grenzraum und Koordinierung aller Bestrebungen der bereits mit Forschungsaufgaben befaßten Einrichtungen;
2. Erstellung einer Dokumentation über Grundlagen, Forschungsergebnisse und Statistiken, die für die Beurteilung der Probleme im Grenzraum von Bedeutung sind;
3. Errichtung einer Informationszentrale, die auf der Basis der Forschungsergebnisse und der Dokumentation Auskünfte bei der Lösung und Bearbeitung von Problemen grenzpolitischer Art in umfassender Weise geben kann.

Die Grundsätze für seine Arbeit

Zur Erreichung dieser Ziele wird die Tätigkeit des Instituts nach folgenden Grundsätzen durchgeführt:

1. Das Institut ist auf Zusammenarbeit mit allen staatlichen, kommunalen und privaten Einrichtungen angewiesen. Darüber hinaus hat es die Aufgabe, sich mit den entsprechenden Stellen auf dänischer Seite abzustimmen und bemüht zu sein, in enger Kooperation mit diesen die gesteckten Ziele zu erreichen.
2. Inhalt der Tätigkeit des Institutes im Bereiche der Forschung ist es, anzuregen und zu fördern. Es soll daher grundsätzlich nicht selbst forschen. Es kommt vielmehr darauf an, die vorhandenen Kapazitäten auszuschöpfen. Hierbei ist das Institut vor allem auf Zusammenarbeit mit der Christian-Albrechts-Universität Kiel, den Pädagogischen Hochschulen, den Fachhochschulen, aber auch mit allen anderen mit Forschung beschäftigten Stellen angewiesen.
3. Die Dokumentation baut auf den bereits vorhandenen Unterlagen auf. Es kommt nunmehr darauf an, diese zusammenzufassen und so zu vervollkommen, daß jede gewünschte Auskunft über das vorhandene Schrifttum (Bücher, Zeitungen, Zeitschriften) und Bildmaterial (Filme, Diareihen) gegeben werden kann. Die Informationszentrale ist gehalten, allen Interessenten im Rahmen ihrer Möglichkeiten Informationen, Hinweise auf Fundstellen usw. zu geben. Sach- und Personenkataloge wie auch Übersichten über Film- und Bildmaterial sind aufzustellen und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Die Leitung der Dokumentations- und Informationszentrale ist mit Wirkung vom 1. September 1979 Oberstudienrat i. R. Dr. Kraack übertragen. Mit dem gleichen Tage nimmt die Zentrale ihre volle Tätigkeit auf.

4. Die Tätigkeit des Instituts soll unterstützt werden durch eine Vortragstätigkeit, über deren Umfang in Abstimmung mit den anderen Einrichtungen des Grenzvereins noch Beschlüsse zu fassen sind.
5. Das Institut arbeitet aufs engste mit der *Forschungsstelle an der Pädagogischen Hochschule Flensburg* zusammen. Diese hat die Aufgabe, vor allem Fragestellungen kulturgeographischer Art zu bearbeiten und die an der Pädagogischen Hochschule betriebene Forschung auf dem Gebiete der regionalen Landeskunde zu entwickeln und zusammenzufassen. Die sächlichen Kosten und die personellen Aufwendungen für das nichtwissenschaftliche Personal trägt der Deutsche Grenzverein, während die wissenschaftlichen Mitarbeiter vom Kultusministerium bestellt werden. Die Forschungsstelle wurde auf Grund eines Kabinettsbeschlusses und eines entsprechenden Erlasses des Herrn Kultusministers vom 20. Juli 1978 errichtet. Sie nahm ihre Tätigkeit fast gleichzeitig mit dem Institut für Regionale Forschung und Information auf. Professor Dr. Weigand von der Pädagogischen Hochschule Flensburg wurde zu ihrem Leiter bestellt. Der organisatorische Aufbau des Instituts ist gekennzeichnet durch das Bestreben, die schon vorhandenen Einrichtungen aufzunehmen und in das Institut einzubinden. Die bereits entwickelten Aktivitäten sollen in jedem Falle erhalten werden. Darüber hinaus ist für die Organisation und Arbeitsweise des Instituts die personelle Verknüpfung aller Einrichtungen, die sich mit Forschung, Dokumentation und Information befassen, in den entscheidenden Gremien von besonderer Bedeutung. Dies gilt in hervorragender Weise auch für die Forschungsstelle an der Pädagogischen Hochschule Flensburg.

Die Organe des Instituts

1. DAS KURATORIUM

Dieses hat die Aufgabe, Grundsatzfragen für die wissenschaftliche Arbeit zu erörtern und festzulegen. Darüber hinaus hat es die Förderungswürdigkeit von Vorhaben festzustellen, die Bearbeitung der Projekte zu begleiten und die Effizienz der Ergebnisse zu beurteilen.

Das Kuratorium bildet einen Arbeitsausschuß, der Richtlinien für die Arbeitsweise des Kuratoriums zu erarbeiten hat und in der sitzungsfreien Zeit die Rechte des Kuratoriums wahrnimmt.

Mitglieder des Kuratoriums sind u. a. Vertreter der Landesregierung, der Fraktionen des Landtages, der berufsständischen Selbstverwaltung und der kulturellen Organisationen.

2. DER FORSCHUNGSRAT

Der bereits bestehende Forschungsrat ist in das neue Institut organisch

eingegliedert. Er hat daher ähnliche Aufgaben wie bisher. Schwerpunktmäßig soll der Forschungsrat sich mit Einzelprojekten befassen.

Er setzt sich aus Vertretern der verschiedenen wissenschaftlichen Fachrichtungen zusammen.

3. DER VORSTAND

Dieser führt durch seinen Vorsitzenden die laufenden Geschäfte. Ihm obliegt es, insbesondere die Beschlüsse der Gremien vorzubereiten und durchzuführen. Er stellt die Zusammenarbeit mit anderen an den Aufgaben des Instituts interessierten Stellen sicher.

Die Mitglieder des Vorstandes sind der Vorsitzende des Kuratoriums, der Vorsitzende des Forschungsrates, der Leiter der Forschungsstelle und der Geschäftsführer des Deutschen Grenzvereins e. V. Der Vorsitz im Vorstand obliegt dem Direktor des Instituts.

Durch diese personelle Verklammerung im Vorstand ist gewährleistet, daß alle Überlegungen in den verschiedenen Gremien des Instituts — einschließlich der Forschungsstelle — ohne Schwierigkeiten koordiniert werden können, so daß eine planvolle Abstimmung und damit eine rationelle Arbeitsweise sichergestellt ist.

Der Rahmen für die Forschungstätigkeit

Schwierig gestaltete sich die Festlegung eines Rahmens für die Forschungstätigkeit. Hierbei kam es zunächst darauf an, nur solche Projekte in Angriff zu nehmen, die nicht schon von einer anderen Stelle bearbeitet werden bzw. dort besser und zweckmäßiger zu behandeln sind. Zum anderen aber — und das ist sehr wesentlich — sollten die einzelnen Projekte aber auch miteinander eine Einheit bilden, die als Gesamtkonzeption der Grenzregion in Gegenwart und Zukunft Ziele für die politische, kulturelle, wirtschaftliche und soziale Tätigkeit zu setzen hat. Eine Umfrage bei den politischen Kreisen, den Industrie- und Handelskammern, den Heimatverbänden, den Instituten usw. ergab eine Fülle von Vorschlägen, aus denen ein vorläufiges Forschungsprogramm nach langwierigen Verhandlungen und Überlegungen entwickelt worden ist. Es unterliegt selbstverständlich ständigen Wandlungen, da neue Projekte immer wieder hinzutreten und bestehende Arbeitsgebiete ergänzt und geändert werden.

In den Jahren 1978 bis 1980 werden Arbeiten aufgenommen, die entweder begonnen sind oder bereits fertiggestellt wurden. Sie sollen, soweit sie wissenschaftlichen Wert und besondere Bedeutung für die Grenzregion haben, durch das Institut veröffentlicht und finanziert werden.

Darüber hinaus ist ein umfassendes Forschungsprogramm entwickelt worden, das ab 1981 zu verwirklichen ist. Natürlich muß versucht werden, eine Dringlichkeits-

und Prioritätsfolge festzulegen. Hierbei sollen nach Möglichkeit die Wünsche der anregenden Dienststellen und Verbände berücksichtigt werden, soweit diese sich in den Rahmen der Gesamtschau der Grenzregion einordnen lassen.

Die Sachgebiete des Forschungsprogramms

1. Fragen der allgemeinen Politik und der Gesellschaft Deutschland/Dänemark
2. Entwicklung der Grenzregion
3. Die deutsche Minderheit in Nordschleswig nach 1920
4. Die dänische Minderheit nach 1920
5. Kirche, Schule, Sprache, Volksbildung und Kunst
6. Soziale Fragen
7. Wirtschaft und Verkehr
8. Landwirtschaft
9. Geographie einschließlich Wirtschaftsgeographie
10. Recht und Verwaltung
11. Jugend und Sport

Der Vorstand, der Forschungsrat und das Kuratorium haben sich bereits in mehreren Sitzungen mit diesem Programm befaßt. Es kann damit gerechnet werden, daß der endgültige Rahmen dieses Projektkataloges noch im Jahre 1979 festgelegt werden wird.

Finanzierung und mittelfristige Finanzplanung

Die Durchführung dieses Programms hängt selbstverständlich entscheidend von der Finanzierungsmöglichkeiten ab. Die Mittelzuweisung bestimmt das Ausmaß der Tätigkeit des Instituts und zugleich den Erfolg dieser Einrichtung. Fließen die Mittel reichlich und findet man geeignete Projektbearbeiter (was sehr wesentlich ist), können große Teile des Programms schnell realisiert werden. Jede Einengung der zur Verfügung stehenden Geldmittel bedeutet andererseits eine Verringerung der Bearbeitungsmöglichkeiten. Der Vorstand des Deutschen Grenzvereins wird sich in Kürze mit der mittelfristigen Finanzplanung zu befassen haben. Sie wird die Grundlage für die Tätigkeit des Instituts abgeben und damit entscheidend bestimmen, in welchem Umfange und wann die dem Institut vom Vorstand des Deutschen Grenzvereins gestellten Aufgaben erfüllt werden können.

*

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die Organisation des Instituts für Regionale Forschung und Information, wie aber auch die Abgrenzung und die Ausrichtung des Inhalts seiner Arbeitsbereiche grundsätzlich bereits jetzt abgeschlossen werden konnten. Hiernach kann erwartet werden, daß das Institut seine Tätigkeit in den Jahren 1979 bis 1980 in vollem Umfang aufnehmen kann. Der Deutsche Grenzverein ist damit seinem Ziele, die Lücke in der Bearbeitung

grenzpolitischer Probleme im Bereiche der Forschung, der Dokumentation und der Information auszufüllen, merklich nähergekommen. Es ist ein deutlich sichtbarer Anfang gemacht, auch auf diesem Gebiet die Probleme der Grenzregion den verantwortlichen Persönlichkeiten in Staat und Gesellschaft und vor allem auch der Bevölkerung diesseits und jenseits der Grenze in größerem Maße zu verdeutlichen, als dies bisher möglich war.

Lorenz von Stein: Europäische Lösungsmodelle für den Konflikt um Schleswig-Holstein im 19. Jahrhundert

I. Zur Person Lorenz von Stein

Lorenz von Stein bedarf noch immer der Vorstellung: 1815 in Eckernförde geboren, war er eines der letzten Universalgenies bei der Betrachtung des Zusammenlebens der Menschen. Er war lange vergessen und wurde nach 1945 an verschiedenen Stellen wiedergefunden: im Verwaltungsrecht, in der Soziologie, in der Sozialgeschichte, in der politischen Philosophie und in den Wirtschaftswissenschaften. Eine neuere Monographie aus dem Jahre 1977 faßt eine Vielzahl europäischer Autoren aus Ost und West zusammen. Manchmal gewinnt man den Eindruck, daß dieser Begründer des modernen Sozialstaates in Ungarn, Japan oder Spanien bekannter ist als in Schleswig-Holstein.

Der Vater, Lorenz Jacob von Wasmer, entstammt einer alten adeligen Familie im Herzogtum Schleswig. Er hat lange, wie später sein Sohn, in Paris gelebt, sein Gut Möhlhorst bei Eckernförde verwirtschaftet und seine Ehe mit Henningia von Brockdorf durch Trennung faktisch aufgelöst. Aus wirtschaftlicher Not meldet er sich als aktiver Offizier zurück und wird Kommandeur des Schleswigschen Jägercorps in Eckernförde. Dort lernt er die leichtsinnige und lebensfrohe Anna Stein, geborene Helms, kennen, die mit einem seiner Sergeanten, Carl Friedrich Stein, verheiratet ist. Sie hat den Sergeanten nach der Geburt von zwei vorehelichen Kindern 1803 geheiratet, verläßt ihn aber 1807, weil sie Beziehungen zu dem Freiherrn von Wasmer aufgenommen hat. Aus der Verbindung gehen insgesamt acht Kinder hervor. Lorenz Jacob Stein wird als siebentes Kind 1815 geboren. Als Vater wird offiziell im Taufregister der Kirche „Lorentz, ein Kaufmann in Berlin“ vermerkt. Bei der Taufe tritt der Vater als Pate auf, was ein mutiges Bekenntnis zu dieser illegitimen Beziehung eines Adligen mit einer Kleinbürgerstochter bedeutet.

Als Sechsjähriger kommt der kleine Lorenz Stein in das Christians-Pflegeheim in Eckernförde. Unter straffer militärischer Führung verbringt er elf Jahre in Uniform und wird streng erzogen. Am 26. Juni 1831 besucht König Friedrich VI. das Pflegeheim. Nach einer Legende soll Lorenz Stein dem König auf seine entsprechende Frage erklärt haben, er wolle gar nicht Soldat, sondern viel lieber Professor werden. Jedenfalls führt die Begegnung dazu, daß der König dem begabten Jungen ein Stipendium zum Besuch der Lateinschule in Flensburg

gewährt.

1832 macht sich Lorenz Stein zu Fuß auf den Weg nach Flensburg, um das heutige Alte Gymnasium, damals die einzige Lateinschule in der Stadt, zu besuchen. Die Schule hat 500 Schüler. Die Schwerpunktfächer sind: Deutsch, Dänisch, Latein, Griechisch. Lorenz Stein wohnt für drei Jahre bei der Witwe Krigsmann in der Großen Straße 45. Die Begabung des Jungen wird auch dem Magistrat der Stadt Flensburg hinterbracht, der nach einem glänzenden Schulabschluß für weitere Studien Stipendien für vier Jahre aus Kaufmannslegaten bewilligt.

Es folgt das Studium in Kiel und in Jena, ursprünglich mit der Absicht, Theologe zu werden. 1839 macht Lorenz Stein das juristische Examen mit der Note „erster Charakter“. Er geht zur Schleswig-Holsteinischen-Lauenburgischen Kanzlei nach Kopenhagen für ein Verwaltungspraktikum, wendet aber bald der Verwaltung enttäuscht den Rücken zu, um mit einem weiteren königlichen Stipendium in Berlin Hegels Philosophie bei den Linkshegelianern zu studieren. Seither wird er, ausgestattet mit einem königlich dänischen Stipendium, gleichzeitig vom dänischen Geheimdienst beschattet. Er selbst hat später, offenbar aus materieller Not, in Paris lange Berichte für den preußischen Geheimdienst über deutsche Emigranten verfaßt, deren Nutzen er allerdings selbst gering einschätzte.

1841 promovierte Lorenz Stein mit einer Arbeit über den dänischen Zivilprozeß an der Kieler Universität. Mit einem neuen Stipendium macht er sich auf die Reise nach Paris, besucht das erste kommunistische Gemeinwesen bei Wilhelm Weitling in der Schweiz und begegnet mit seinen Plänen, eine französische Rechtsgeschichte zu schreiben, den französischen Frühsozialisten.

Die Frucht dieser Begegnungen ist das 1842 erschienene Buch „Socialismus und Communismus des heutigen Frankreichs“. Das Buch erregt in bürgerlichen Kreisen in Deutschland, vor den Frühschriften von Karl Marx, erhebliches Aufsehen. Bis 1850 wird es dreimal neu aufgelegt. Es enthält eine scharfsinnige Analyse der menschlichen Gruppenbeziehungen in der Industriegesellschaft und gehört zu den Beiträgen, die die deutsche Soziologie begründet haben. In ihm setzt Lorenz Stein die gesellschaftliche Unterdrückung im Klassengegensatz zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden mit dem Prinzip der Unfreiheit und die Fürsorge des Staates für die Entwicklung des einzelnen mit dem Prinzip der Freiheit gleich und setzt beide Prinzipien dialektisch einander entgegen. Er weist einem sozialen Königtum und einer unabhängigen Beamtenethos mit hohem Beamtenethos die Aufgabe des sozialen Ausgleichs zu.

1843 bis 1844 ist Lorenz Stein Lektor für öffentliches Recht in Kiel, ab 1845 außerordentlicher Professor. Seit 1843 schreibt er anonym aufrührerische Artikel für die in Augsburg erscheinende Allgemeine Zeitung. Nur an Hand des Buchhaltungsexemplares der Zeitung, in der die einzelnen Autoren mit Bleistift am

Rande zu Abrechnungszwecken vermerkt waren, war es möglich, die Autorenschaft von rund tausend Zeitungsartikeln zu allen politischen Themen aufzudecken.

II. Die Rolle der Landespolitik

Bereits während des Studiums hat sich Lorenz Stein an den Anfängen der nationalen Bewegung in der Burschenschaft Albertina beteiligt. Als 1846 der königliche Offene Brief zur Erbfolge über das Herzogtum Schleswig erscheint, setzt er sich in anonymen Zeitungsartikeln gegen einen Fortbestand der Gesamtmonarchie und für den Anschluß der Herzogtümer an den Deutschen Bund ein. Gemeinsam mit sieben Kieler Professorenkollegen tritt er als Verfasser des „Staats- und Erbrechts des Herzogtums Schleswig“ an die Öffentlichkeit. Sein Anteil an der Schrift ist gering. Die bloße Autorenschaft hat für ihn die Androhung sofortiger Entlassung aus dem Lehramt und das Verbot weiterer Kritik an der Regierung zur Folge. Dennoch veröffentlicht er 1847 seine „Einleitung in das ständische Recht der Herzogtümer Schleswig und Holstein“, in der er die staatsrechtliche Einheit der Herzogtümer belegt und mehr Selbständigkeit für ihre Stände fordert.

Er engagiert sich mit der Verschärfung des Konfliktes immer stärker in der Landespolitik. Er diskutiert mit in einem Kreis um den national-liberalen Droysen und beteiligt sich am Deutschen Verein, dessen Ziel eine bundesstaatliche, konstitutionelle Monarchie ist. An den Vorgängen, die zur Bildung der provisorischen Regierung unter Beseler führen, ist er unmittelbar beteiligt. Bezeichnend für ihn ist, daß er sofort nach der Regierungsproklamation rügt, sie betone zu wenig die deutsch-nationale Bedeutung der Erhebung. Er wird bald republikanischer und demagogischer Umtriebe verdächtigt und bezeichnet sich selbst als die „bete noire“, das schwarze Schaf, der Landespolitik.

Er berichtet von einem „von Professor L. Stein in Kiel ausgearbeiteten und höheren Orts gebilligten Plan“ zur Errichtung einer schleswig-holsteinischen Landwehr. Seine Kandidatur gegen Waitz für die Nationalversammlung in Frankfurt bleibt ohne Erfolg. Sein Lieblingsthema ist der Aufbau einer Reichsflotte. Gemeinsam mit anderen initiiert er einen Ausschuß für die Bildung einer deutschen Flotte im Deutschen Verein in Kiel. Für die provisorische Regierung entwirft er die „Statuten des Ausschusses für die deutsche Flotte“. Der Ausschuß betrachtet sich selbst als die deutsche Marinebehörde bis zur Einsetzung einer Reichsbehörde. Die provisorische Regierung entsendet Stein in eine gemeinsame Marinekommission der norddeutschen Küstenstaaten. Stein schreibt und redigiert den Schlußbericht dieser Kommission an den deutschen Bundestag. Später, im Jahre 1852, distanziert er sich von diesen „Schwärmereien“ der revolutionären Flottenbewegung.

Wenige Tage später reist er als „Botschafter“ der provisorischen Regierung nach Paris, um die politischen Verhältnisse im Sinne Schleswig-Holsteins zu beeinflussen. Natürlich kann er an der traditionellen Zusammenarbeit der französischen Außenpolitik mit der dänischen Monarchie nichts verändern. Die Öffentlichkeit nimmt seine Bemühungen nicht zur Kenntnis. So verfaßt er nach Professorenart eine Broschüre mit dem Titel „La Question du Schleswig-Holstein“, verlegt sie selbst und verteilt sie eigenhändig in der französischen Kammer. Anschließend bittet er wegen des Scheiterns seiner Versuche in dieser diplomatischen Mission um seine Beurlaubung.

Nachdem die wesentlichen Entscheidungen gegen seine politischen Ziele bereits gefallen sind, gelangt er 1850 in die Landesversammlung. Es bleibt ihm im wesentlichen nur noch, am 10. Januar 1851 für die Unterwerfung Schleswig-Holsteins unter die Bundesexekution zu stimmen. Er gibt selbst seine Entlassung aus dem Professorenamt durch die dänische Regierung in der Allgemeinen Zeitung bekannt: „Prof. Stein wird, wie es lange erwartet ward, abgesetzt, weil er seit zehn Jahren in der ganzen deutschen und zum Theil auch in der französischen Presse die Sache Deutschlands in den Herzogthümern vertreten hat.“

III. Das Bekenntnis zur deutschen Einheit

Lorenz Stein schwebt eine gemeinsame Vertretung der deutschen Staaten nach außen in einem lockeren Bundesstaat vor. Ihm ist eine „administrative Zukunft Deutschlands unter preußischen Oberpräsidenten“ eine durchaus widerwärtige Vorstellung. Es geht ihm darum, unter maßgeblich deutschem Einfluß die Zusammenarbeit der westeuropäischen Staaten bei der Industrialisierung zu organisieren und eine zivilisierte und humane Verwaltung, letztlich in der ganzen Welt, aufzubauen. Dennoch rügt er gleichzeitig die unpolitische Haltung der Deutschen: Nur die Not mache sie in der Politik „klug, stark und einig“. Sie blieben in Allgemeinheiten stecken, ohne wirkliche Taten zu vollbringen. Sie seien „gelehrtenreich und staatsmännerarm“. Sie lebten im „Land der politischen Phrase“ und seien in dem Vorurteil befangen, daß „ein politisch Lied ein leidig Lied“ sei.

Für ihn ist der Zollverein der bei weitem wichtigste, ja fast ausschließliche Integrationsfaktor der deutschen politischen Einheit. Er fordert sein Leben lang den Anschluß Hamburgs und Schleswig-Holsteins an den Zollverein. Er bezeichnet ihn als die „großartigste Idee des materiellen Lebens“. Er versucht in zahlreichen Zeitungartikeln, den Gegensatz zwischen den Zollvereinsstaaten und Norddeutschland zu überwinden, der nach seiner Ansicht irrtümlich mit dem prinzipiellen Gegensatz zwischen Schutzzoll und Freihandel gleichgesetzt wird. Ihm geht es um die Erschließung des Meeres und des Welthandels für Deutschland. Deshalb setzt er sich immer wieder für den Aufbau einer Flotte, ein

einheitliches Schiffahrtsgesetz, ein deutsches Handelsministerium, für Navigationsschulen und für ein deutsches Konsulatssystem ein. Während der Zeit der Erhebung 1848 schlägt er vor, eine freiwillige Flotte aus deutschen Handelsschiffen zu bilden.

Nach dem Scheitern der Revolution von 1848 deutet er die historische Entwicklung: Seit dem Beginn der vierziger Jahre standen sich in Deutschland drei große Gesellschaftsklassen gegenüber, die herrschende Klasse der nur noch teilweise bestehenden feudalen Gesellschaftsordnung, repräsentiert durch den Adel und die Grundbesitzer, die die Partikularstaaten beherrschen; das Besitzbürgertum, die beherrschende Klasse der aufkommenden industriellen Gesellschaft, die den Anspruch erhebt, durch eine einheitliche Reichsrepräsentation die politische Herrschaft zu übernehmen; und die Industriearbeiterschaft als die beherrschte Klasse der industriellen Gesellschaft. Solange die Elemente der industriellen Gesellschaft eine Einheitsbewegung gegen den feudalen Staat bildeten, solange also das stillschweigende Bündnis der Klassen für eine Industrialisierung der Gesellschaft funktionierte — Stein belegt dies am Beispiel der „Rheinischen Zeitung“, die von Industriellen finanziert und von den geistigen Führern des Proletariats, u. a. Karl Marx als Chefredakteur, redigiert wurde —, solange mußte es zum revolutionären Konflikt zwischen der feudalen und der Industriegesellschaft kommen. Die Einheitsfront der industriellen Gesellschaft brach erst in dem Moment zusammen, als in der Grundrechtsdebatte der Nationalversammlung die Vertreter des Proletariats nach dem Vorbild der sozialistischen Bewegung in Frankreich die Republik und die Herrschaft der Arbeit über das Kapital forderten. Stein nennt dies die „sociale Demagogie“. Er macht also die sozialdemokratische Bewegung für das Scheitern der Reichsgründung verantwortlich. Er fordert sie auf, vorläufig in den Hintergrund zu treten und der herrschenden Klasse des Bürgertums den Vortritt zu lassen, bis die Reste der feudalen Gesellschaft überwunden sind und die nationale Einheit durchgesetzt ist. Erst danach sei Deutschland für eine soziale Bewegung reif. Damit bestätigt Stein schon sehr früh die spätere historische Beobachtung, daß die liberale und die soziale Richtung sich in Deutschland unverhältnismäßig lange gegenseitig paralyisiert haben.

IV. Die Kritik an Preußen

Die kleindeutsche Lösung Bismarcks und der gewaltsame Anschluß der Herzogtümer 1866 hat immer die Kritik Lorenz Steins gefunden. Er wollte das Staatsrecht Schleswig-Holsteins erhalten und die Existenz der dänischen Monarchie bewahren. Ihm ging es nur um die Selbständigkeit der Herzogtümer. Er lobt die Vorzüge der Intelligenz, der Energie, der Disziplin und der Sparsamkeit des preußischen Staates. Er sieht Preußen aber auch als unfähig, „aus der

binären Verbindung von Bureau und Muskete sich loszulösen und den rechten freien Schwung zu finden“. Er wirft dem preußischen Staat vor, zuviel Rücksicht auf ständische und großherrliche Vorrechte zu nehmen. Er beanstandet die Bürokratie und Vielregiererei des preußischen Staates und wirft ihm vor, eine wahre Selbstverwaltung der Bürger nicht zuzulassen. Er sieht einen tiefen inneren Widerspruch im preußischen Staat: Im Osten herrscht die feudale Gesellschaftsordnung, repräsentiert durch die Grundbesitzer und den Adel, in den westlichen Rheinprovinzen die industrielle Gesellschaft durch das Besitzbürgertum. Deshalb bleibt für ihn der preußische Staat ein innerer Widerspruch, dem ein „Volk“ fehlt.

In seinem Leben hat er nie das Versagen der preußischen Außenpolitik in der Schleswig-Holstein-Frage verwunden. Er spricht von Verblendung, Kurzatmigkeit und Energielosigkeit. Zwei Dinge seien Preußen gleich furchtbar erschienen, der Untergang und ein energisches Auftreten. Nach seinem Versagen könne „der preußische Beamtenstaat“ nicht mehr das Vorbild des deutschen Nordens sein.

V. Das Verhältnis Schleswig-Holsteins zur dänischen Monarchie

Steins politisches Ziel war ein neuer deutscher Bundesstaat „Nordalbingien“, der Schleswig-Holstein, Lauenburg, Eutin, Hamburg und Lübeck umfassen sollte. Dabei sollten die Hansestädte Republiken bleiben und sich nur in einer Bundesstaatsverfassung mit den übrigen Landesteilen verbinden. Dieser Bundesstaat sollte sich gegenüber der dänischen Monarchie vollkommen verselbständigen. Damit verband er die Hoffnung, den Deutschen Bund in den Welthandel hineinführen zu können. Er wies auf Kiel als idealen Kriegshafen hin, er sah die Möglichkeit einer Befreiung des deutschen Welthandels durch die Stadtstaaten Lübeck und Hamburg von fremden Einflüssen, er sah die Vorteile einer Verbindung der deutschen Seeküsten, er forderte den Bau eines Kanals durch Holstein, um die Abhängigkeit von der Sundpassage an den Ostseeausgängen zu beseitigen.

Dabei war für ihn die Verbindung Holsteins und Schleswigs Voraussetzung der Eigenstaatlichkeit.

Die Einheit des Herzogtums Schleswig stand für ihn völlig außer Frage. Die Realität einer überwiegend dänischen Nationalität in Nordschleswig hat er völlig verkannt. Nach seinem Urteil war der dänische Einfluß völlig unbedeutend. Er behauptet, daß nur ein Viertel der Einwohner Schleswigs im nördlichen Teil des Herzogtums dänisch gesinnt seien, die ganz im Schatten der deutschen Industrie und Kultur in Hadersleben und Apenrade stünden. In seiner Schrift „La Question du Schleswig-Holstein“ nennt er den dänischen Bevölkerungsteil Schleswigs „quelques centaines d’habitants parlant une langue differente“. So kam ihm nie das Problem des Zusammenlebens verschiedener Volksgruppen im Landesteil

Schleswig wirklich in den Sinn. Eine Teilung war für ihn unvorstellbar.

VI. Der Vorschlag einer skandinavischen Union zum Ausgleich der Interessen
Stein betrachtet als Existenzgrundlage des dänischen Staates die Beherrschung der Ostseeausgänge. Damit bildet Dänemark das Zentrum des nordischen Staatensystems, den „Schlüssel zur Ostsee“. Um seine geopolitischen Vorteile nützen zu können, braucht Dänemark eine eigene Flotte. Den Aufwand dieser Flotte kann es sich nur leisten, wenn es die wohlhabenden Herzogtümer besitzt. Deshalb erkennt er in der Konsequenz eines Anschlusses der Herzogtümer an Deutschland die Zerstörung des Gleichgewichtes im Ostseeraum. Er sieht aber auch einen zweiten Faktor, der das Gleichgewicht im Ostseeraum bereits in den vierziger Jahren zerstört, nämlich das Streben Rußlands nach Hegemonie über den gesamten Bereich der Ostsee. So ist für ihn die Selbständigkeit Dänemarks bereits aufgelöst durch die Wirklichkeit des russischen Einflusses am dänischen Hof. Ihm geht es darum, diese Selbständigkeit wiederherzustellen.

Um die Interessengegensätze harmonisch aufzulösen, schlägt Stein in Anwendung Hegelscher Dialektik auf internationale Politik in seinem 1850 erschienenen Aufsatz „Deutschland und die skandinavische Union“ die Bildung einer skandinavischen Union neben dem deutschen Bundesstaat vor. Dänemark soll dadurch eine Garantie seiner allseitigen staatlichen Unabhängigkeit erhalten. Deutschland könnte den Bundesstaat Nordalbingien eingliedern, ohne den dänischen Staat zu zerstören. Es hat daher ein Interesse an der skandinavischen Union. Die Union bildet einen Puffer zwischen den beiden stärksten Ostseemächten Rußland und Deutschland. „So ist das Schicksal der Herzogtümer zugleich das Schicksal des vielgeträumten Skandinaviens.“

Er muß selbst eingestehen, daß diese Konzeption einen schwachen Punkt hat, nämlich den Mangel innerer Homogenität der drei skandinavischen Staaten, den er selbst als Gegensatz zwischen dem absolutistisch-bürokratischen Charakter Dänemarks, der ständischen Verfassung Schwedens und der demokratischen Ordnung Norwegens beschreibt, wie immer man auch den Realitätsgehalt solcher Bewertungen beurteilen mag.

VII. Nach dem Abschied aus Schleswig-Holstein

1852 bis 1854 muß Lorenz Stein seine Familie und sich von journalistischer Arbeit ernähren. Berufungen auf preußische Lehrstühle in Königsberg, Erlangen und Würzburg scheitern an dem erbitterten Widerstand der preußischen Regierung, die ihm seine Kritik an dem preußischen Staatswesen verübelt.

1854 reist er nach Wien, um seinen Freund, den Hofrat Bruck, der später zum österreichischen Finanzminister avanciert, zu besuchen. Dieser verschafft ihm einen Lehrstuhl für Nationalökonomie, den er 1855 bis 1885 besetzt. Er hält 30

Jahre lang Vorlesungen über Rechtsphilosophie, Finanzwissenschaft, Nationalökonomie und Verwaltungslehre. Der Kultusminister begründet seine Berufung gegenüber dem Kaiser mit dem Hinweis, daß Stein „von der Einsicht in die Notwendigkeit und die Bedingungen der Hebung des österreichischen Einflusses“ in Norddeutschland durchdrungen sei und die österreichischen Interessen in Norddeutschland immer entschieden vertreten habe. Sein politisches Engagement beschränkt sich von nun an auf die Rolle eines Beraters des Finanzministers Bruck. Mit ihm entwirft er die Konzeption eines einheitlichen mitteleuropäischen Wirtschaftsgebietes, fördert den Aufbau des Triester Lloyd und der Donau-Dampfschiffahrt, schmiedet Pläne für den Bau des Suez-Kanals. 1874 kandidiert er noch einmal erfolglos für den österreichischen Reichstag.

Es folgt eine Phase enormer wissenschaftlicher Produktivität. In kurzer zeitlicher Folge veröffentlicht Stein ein zweibändiges System der Staatswissenschaften, ein Lehrbuch der Volkswirtschaft, ein Lehrbuch der Finanzwissenschaft, das später in fünf Bänden in fünfter Auflage zum Klassiker der Finanzwissenschaft wird, und eine zehnbändige Verwaltungslehre in den Jahren 1866 bis 1868. Damit hat sich Lorenz von Stein, inzwischen geadelt, zum Begründer moderner Verwaltungswissenschaften gemacht. Er wendet eine Methode der internationalen Vergleichung öffentlicher Verwaltung an, die ihm eine Vogelperspektive im europäischen Maßstab ermöglicht. Er versteht Verwaltung nicht nur als Exekutive von Gesetzen, sondern als gesellschaftliche Integration, als praktischen sozialen Ausgleich und dadurch als Dienst an der Freiheit, an den Entwicklungsmöglichkeiten des einzelnen Menschen.

Dadurch vermittelt er zwischen dem Wohlfahrtsstaat und dem bürgerlichen Rechtsstaat. Staatstätigkeit wird von ihm nicht nur liberal ausgegrenzt, sondern in den Dienst der Entfaltung der Persönlichkeit des Menschen und der Menschenwürde gestellt. So entwickelt er die Konturen des modernen Sozialstaates, in dem das Politische durch die sozialen Verhältnisse bestimmt ist und der die angemessene Teilhabe des einzelnen an den Ergebnissen der gesellschaftlichen Produktion sichern will. In ihm sind der Fortschritt und die gesellschaftliche Ordnung Komplementärbegriffe, die die ständige soziale Reform als Staatsaufgabe ermöglichen. So wird Lorenz von Stein zu einem Vordenker späterer Sozialgesetzgebung.

Etwa ab 1875 bettet er seine Erkenntnisse in europäische Dimensionen ein. Er hält 1873 vor dem Institut de Droit International einen Vortrag über das internationale Eisenbahnwesen, in dem er die Vision eines einheitlichen westeuropäischen Wirtschaftsgebietes, verbunden durch ein internationalisiertes Eisenbahnnetz, entwirft. Er erkennt die zwangsläufige Solidarität der Staaten mit fortgeschrittener industrieller Gesellschaftsordnung. Er entwirft das Modell einer internationalen Verwaltung, die nicht nur die Beziehungen von Staat zu Staat,

sondern die grenzüberschreitenden Beziehungen der Menschen untereinander in der „internationalen Erwerbsgesellschaft“ organisiert. Er erkennt Europa als die kommende politische Lebensform, die sich schrittweise durch Zollbündnisse, durch Wirtschaftsbeziehungen, durch Verzicht auf Souveränitätsrechte, ja sogar durch einen Bundesstaat organisieren wird.

1883 bis 1890 schließlich wird er zu einer Art „minister in partibus“ der japanischen Monarchie. Noch heute spielt Stein eine große Rolle in der japanischen staatswissenschaftlichen Literatur. Alle führenden japanischen Politiker besuchen Stein nach der Öffnung Japans für die europäische Kultur. Er entwirft eine japanische Verfassung, die in großen Teilen in Kraft gesetzt wird. Er schreibt über die Erschließung Ostasiens und die Entwicklung der Kolonien mit großem europäischen Sendungsbewußtsein.

VIII. Nachwirkungen

Nach seinem Tode 1890 geriet Lorenz von Stein bald in Vergessenheit. Die Wissenschaften spezialisierten sich, die zusammenfassende und dialektische Denkmethode Hegels mit ihren großen spekulativen Entwürfen machte dem wissenschaftlichen Positivismus Platz.

Eine europäische Sicht gesellschaftlicher Zusammenhänge war nicht mehr gefragt. Statt dessen verlor sich die Politik in nationalstaatlichen Exzessen bis zum Ersten und Zweiten Weltkrieg.

*

Noch heute kann Lorenz von Steins Beitrag zur Bewältigung der sozialen Frage des 19. Jahrhunderts Hilfen geben, wenn es darum geht, die Grenzen des Sozialstaates immer wieder neu nach gewandelten Bedingungen zu definieren, aber auch nicht zu überschreiten. So wie Lorenz von Stein im 19. Jahrhundert das Anfangsproblem der industriellen Gesellschaft, die soziale Frage, zu bewältigen half, müssen wir uns heute mit dem Folgeproblem der industriellen Gesellschaft, der ökologischen Frage, theoretisch und praktisch auseinandersetzen. Die soziale Frage hat sich weiter, als es Herr Lorenz von Stein sehen konnte, im Weltmaßstab zum Nord-Süd-Gegensatz entwickelt. Die ökologische Frage muß auch vor der Tür theoretisch und praktisch bewältigt werden. Dazu gehört wieder der Mut zur Gesamtschau und zur Bündelung der politischen Probleme. Für diesen Mut hat Lorenz von Stein ein Beispiel gesetzt.

Rendsburg und Rødding — der Anfang deutscher und dänischer Volksbildung

Wir leben gegenwärtig in einer Zeit, in der man sich für die Geschichte wieder zu interessieren beginnt, andererseits die Erwachsenenbildung in eine neue Dimension rückt. Der vor kurzem erschienene neueste Bericht an den Club of Rome z. B. weist mahndend auf die Bedeutung der Bildungsfrage in der industriellen Gesellschaft hin, die einer Lösung bedarf. Sie muß den Notwendigkeiten der modernen Gesellschaft besser angepaßt werden, wenn sie nicht von der Sachwelt erdrückt werden soll.

Eine ähnliche Lage scheint vor 140 Jahren — also noch in der Zeit des dänischen Gesamtstaates — bemerkt worden zu sein. Man wies damals in Holstein auf die Notwendigkeit einer besseren Bildung hin, um den Aufgaben der Zeit gerecht werden zu können und sie in demokratischer Weise zu gestalten.

In dem im Grenzfriedensheft 1/1979 veröffentlichten Aufsatz von Thomas Rørdam über „Die Heimvolkshochschulen Dänemarks — besonders Rødding“ wird die Bildungsfrage vom schleswigischen Grenzland her aufgeworfen und dabei mit der Grundtvigschen Idee einer Schule für das Leben und der Tätigkeit der Heimvolkshochschule in Rødding seit 1844 verknüpft.

Leider sind die frühen Bildungs- und Schulpläne, die in Holstein (Rendsburg) 1842 und in Schleswig (Rødding) 1844 verwirklicht wurden, in Deutschland kaum bekannt. Selbst in Schleswig-Holstein weiß man nicht viel von ihnen, sieht sie zumeist nur unter grenzpolitischen Gesichtspunkten und verbindet sie zuwenig mit dem Entstehen eines demokratischen, vom Volke her aufgebauten Gemeinwesens.

Von deutscher Seite ist die Bedeutung der Heimvolkshochschule für die Erwachsenenbildung in einer demokratischen Ordnung eigentlich erst in den zwanziger Jahren unseres Jahrhunderts erkannt worden — man hatte aber bis 1933 zuwenig Zeit, um zu einer langfristigen Arbeit und einer einheitlichen und klar erkennbaren Zielsetzung zu kommen. Das konnte man erst nach dem Zweiten Weltkrieg, unter Bedingungen, die offen erkennen ließen, daß die Heimvolkshochschule ihren Standort im deutschen Bildungswesen nur mit Mühe gefunden und heute noch mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Ihr fehlt in Deutschland offensichtlich die große Verheißung, wie sie der dänischen Volkshochschularbeit durch die Ideenwelt von Grundtvig vorgegeben ist, und die große Unterstützung, auch finanzieller Art, die das dänische Volk und in großzügiger Weise auch der dänische Staat schon von den 1860er Jahren an für die Heimvolkshochschule und ihre Schüler gewährt hat. In Deutschland fehlen zudem die Erfahrungen und die Tradition einer Agrargesellschaft wie der

dänischen, in die sich diese besondere Form der Erwachsenenbildung gut eingefügt und mit nationalpolitischen Bestrebungen verbunden hat.

Der erste Anlauf 1842 in Rendsburg zu einer wirkungsvollen Erwachsenenbildungsarbeit ging — obgleich man vergeblich versucht hatte, vom Staat, und das war damals Dänemark, eine Unterstützung zu erhalten — nach einem verheißungsvollen Beginn in den Wirren der Schleswig-Holstenischen Erhebung 1848-49 zugrunde. Einer Wiedereröffnung nach dem Friedensschluß 1851 stand die ablehnende Haltung der dänischen Regierung entgegen.

In dem hier zu betrachtenden Zusammenhang ist dieser Umstand nicht so sehr bedeutsam. Es ist auch müßig, der Frage nachzuspüren, was wohl geschehen wäre, wenn die Schule in Rendsburg ihre Arbeit hätte wieder aufnehmen können. Es kam 1864 und danach 1866; das preußische bzw. das deutsche Schulsystem, das in Schleswig-Holstein eingeführt wurde, ging, wie wir wissen, andere Wege. Eine Heimvolkshochschule als freie und freiwillig zu besuchende Institution mußte sich später, ab 1905, erst ihren Platz erkämpfen, und sie tat es — ganz ähnlich wie Rødding unter der Leitung von Christian Flor — durch Volks- und grenzpolitische Aktivitäten, wenigstens bis nach dem Ersten Weltkrieg.

Es ist jedoch wichtig und gerade auch für das dänische Volk bedeutsam, wie und unter welchen Umständen und mit welcher Zielsetzung die „Höhere Volksschule“ in Rendsburg 1842 ihre Arbeit begann und daß die Gründung von Rødding zwei Jahre später in direktem Zusammenhang damit stand. Die Ausführungen von Thomas Rørdam über die Gründung von Rødding bedürfen nach dieser Seite hin der Ergänzung, weil ohne sie die fälschlicherweise als Farnal empfundene Entstehung der Schule in Rendsburg, die grenzpolitisch bedeutungslos war, zum Anlaß genommen wurde, nach der Rendsburger Art, aber mit anderer Motivierung, Rødding als volkspolitische Aktion im sprachlich umkämpften Raum Nordschleswigs ins Leben zu rufen.

Von Grundtvig war damals noch keine Rede; es ist völlig offen, ob die Grundtvigschen Vorstellungen, eine „Schule fürs Leben“ zu begründen, überhaupt verwirklicht worden wären, wenn nicht Christian Flor, Professor an der Universität Kiel, nach dem Scheitern von Johann Wegener, einem jungen Kandidaten der Theologie als Leiter, 1845 in Rødding eingegriffen und mit Hilfe von Kopenhagener Freunden die Schulgedanken der Akademie von Sorø in eine Grenz- und Sprachkampfschule umgeformt und u. a. mit Mitteln des dänischen Königshauses in einer gegenüber Rendsburg veränderten Art ausgebaut hätte.

Den Anstoß zur Gründung der Rendsburger Schule gab ursprünglich ein Zeitungsappell des Klostersyndikus von Ütersen, Karl Friedrich Hermann Klenze, Anfang des Jahres 1839: Man solle dem Bauernstand eine bessere Bildung ermöglichen, damit er seine Aufgaben im Beruf und in der Öffentlichkeit besser erfüllen könne.

Dieser Appell verhallte. Eineinhalb Jahre später aber fand sein konkreter gehaltenes „Offenes Schreiben“ in derselben Sache, gerichtet an die Ständevertreter des Landes, ein Echo. Klenze begründete darin die Notwendigkeit einer höheren Bauernbildung in erster Linie damit, daß sich die Bauern in den seit dem 15. Mai 1834 tätigen Provinzialständen, also in einer eingeschränkten Selbstverwaltung, als Stand selbständig vertreten sollten.

Dazu, also aus dem Gedanken der Demokratisierung des öffentlichen Lebens, sollte man eine Bildungseinrichtung schaffen, „welche im Laufe mehrerer Jahre eine Pflanzstätte für tüchtige Commünevorsteher und Ständedeputierte abgeben könnte“.

Entsprechend sollte der Lehrstoff sein, der sowohl das Selbstverständnis des Menschen fördern als ihn auch für öffentliche Aufgaben vorbereiten sollte. Angesprochen war die bäuerliche Jugend, die die Schule schon verlassen hatte. Der Landwirtschaftliche Verein im Amte Rendsburg nahm die Anregung von Klenze auf, debattierte sie, brachte mit Hilfe von Freunden aus Holstein das Geld für den Betrieb in der Form eines Anteilsvereins als Träger auf und gründete die Einrichtung. Rektor Jacob Julius Heinrich Lütgens, 32 Jahre alt, aus Bad Segeberg, eröffnete sie am 6. Oktober 1842 in Rendsburg mit 29 jungen Leuten — man hatte einen Hof in einem Dorf als Sitz nach langen Erörterungen abgelehnt. Der Plan Klenzes fand hier im Hinblick auf die demokratische Aufgabe der Schule seine volle Verwirklichung. Auch sonst umfaßte der von Lütgens entworfene Lehrplan alle Arbeitsgebiete, von denen man sich eine bessere Bildung des jungen Landmenschen für sein Leben und die Öffentlichkeit versprechen konnte.

In vier Semestern, die aber später auf einen Sechsmonatskursus abgeändert wurden, standen im Mittelpunkt Geschichte und Staatsbürgerkunde, deutsche Sprache und Naturwissenschaften — laut einem „Regulativ“ vom 13. April 1842. Von praktischer Berufsausbildung, wie Klenzes erste Anregungen es vorsahen, war man abgekommen, man machte aber einen *landbezogenen* Unterricht.

Als freie Schule stellte sie sich nicht unter eine geistliche Schulaufsicht, hatte aber den König von Dänemark als Protektor. Sie hielt die Lehrerergebnisse in einer öffentlichen Prüfung fest.

Der Verlauf der Arbeit, die Zahl der Schüler, die Ergebnisse des Unterrichts, die Schwierigkeiten der weiteren Finanzierung und anderes brauchen hier nicht weiter behandelt zu werden, weil das für den anzustellenden Vergleich nicht unbedingt erforderlich ist.

Es soll nur festgehalten werden, daß ihre Idee erstmalig war, anders als die von Bürgerschulen in den Städten: daß sie frei von Kirche und Staat war, daß sie letztlich aus der humanitären Lehrenkreisphilosophie Pestalozzis entstand, daß sie eine echte demokratische Selbsthilfemaßnahme der ländlichen Bevölkerung war, unabhängig von irgendwelchen nationalpolitischen Strömungen und

Zielsetzungen der Zeit, daß ihr geistiger Vater Klenze und ihre Begründer, Träger und Lehrer, von Grundtvig und seinen Ideen offenbar nichts wußten.

Die Rendsburger Idee wurde von Anfang an auf volksdänischer Seite beachtet und aufgenommen. Koch, der Herausgeber der Volkstumszeitschrift „Danevirke“, machte schon 1840 den Vorschlag, eine nach Klenzeschen Vorstellungen aufzubauende Anstalt für die dänisch-geistige Durchbildung der Menschen im umstrittenen Sprachgrenzgebiet zu errichten. Sie sollte nicht nur eine rein dänische Sache sein und die Bevölkerung in diesem Sinne beeinflussen, sondern auch ausdrücklich den deutschen Einfluß zurückdrängen.

Diese erste Anregung Kochs fand keine Verwirklichung. Sie wurde jedoch 1843 nach den Wahlen zur Ständevertretung und nach der Begründung von Rendsburg wieder aufgegriffen. Die „Schleswigsche Gesellschaft“, die Kampforganisation der dänisch gesonnenen Nordschleswiger, nahm die Anregung auf und verwirklichte sie 1844 in Rødding. Die Aufgabe der Anstalt ist ebenfalls in einem Regulativ festgelegt. Der dänische König wurde nicht um sein Protektorat gebeten, auch wurde die Mittelaufbringung anders als in Rendsburg geregelt: Die „Schleswigsche Gesellschaft“ beschaffte sie aus Spenden für den Grenz- und Sprachenkampf, zumeist von Kopenhagener Volkstumskämpfern, so daß der Betrieb der Schule gesichert war. Für die Schüler konnten Freiplätze gegeben werden. Unter den ideellen und finanziellen Förderern war der dänische Kronprinz, der König hielt sich zurück.

Nicht nur die Idee der Schule in Rødding war durch Klenze und Rendsburg angeregt und entsprechend konkretisiert worden, sondern auch die Arbeitseinteilung und in der Parallele die Fächer. Obwohl man als Ort einen dörflichen Bauernhof wählte, verband man zunächst damit kein Heim. Das kam erst später. Die Gestalt änderte sich, als der erste Leiter, Wegener, nach einem Jahr die Schule verließ. Es scheint so gewesen zu sein, daß er weder in der Ideenrichtung noch in der Durchführung der Arbeit den Vorstellungen der „Schleswigschen Gesellschaft“ und vor allem denen Flors im Grenz- und Sprachenstreit entsprach. Flor selbst gab sein Hochschulamt auf und übernahm die Leitung. Er verstärkte den antideutschen Charakter und suchte nach den Grundtvigschen Vorstellungen das Wesen der Anstalt und den Inhalt des Unterrichts zu gestalten. Damit erst wurde Rødding zu der Einrichtung, welche die für die dänische Volkshochschule später als typisch anzusehenden und in dem Aufsatz von Rørdam aufgezeigten Merkmale hatte: Heimschule, lebendiges Wort, Erweckung, aktionsfähiges und lebensbewußtes Volksdänentum, das die innere und äußere Front gegen die „Germanisierungstendenzen“ in Nordschleswig verstärkte und trug.

Das Rendsburg der Jahre 1842 bis 1849 ist vergessen gewesen und erst neuerdings wieder bekannt geworden. Es sollte mit Recht von den Deutschen

stärker in den Vordergrund des Werdens ihrer eigenen Volksbildung gestellt werden. Daß es auch eine Wurzel für die später blühende dänische Bildungsarbeit an Jugendlichen und Erwachsenen war, sollte nicht übersehen werden. Jedoch ist das nicht das Wichtigste in unserem Zusammenhang.

Vielmehr ist es bedeutsam, daß in der Zeit des Beginns einer deutschen liberalen Demokratie aus dem Volke, hier der ländlichen Gesellschaft, und zwar in Schleswig-Holstein, am Rande des deutschen Sprachgebietes, der Versuch unternommen wurde, die Demokratie und das Verhalten in ihr durch Bildungsarbeit zu lehren und erfahrbar zu machen. Das geschah in der Form dieser Volkshochschule — so nannten die Dänen das Unternehmen von Rødding, und so kann das von Rendsburg ebenfalls genannt werden, auch wenn es „Höhere Bauernschule“ (Klenze) und „Höhere Volksschule“ (Lütgens) hieß.

Inhalt und Ziel ihrer Arbeit war, als lebensnotwendige Ergänzung zum in der Schule Gelernten auf Gebieten, die für den Erwachsenen für wichtig gehalten wurden, in einem systematischen Lehrgang Bildungswerte anzubieten, die ihnen das Zurechtfinden als Menschen in einer sich umbildenden Gesellschaft ermöglichen sollten.

Das Modell der vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts steht unseren heutigen Volkshochschulen auch insofern nahe, als man Fächer wie Geschichte, Wirtschaftskunde, Staatslehre, Deutsch, Mathematik, Naturwissenschaft, Philosophie und Religionslehre systematisch gab und sie mit einem Zertifikat nach Prüfung bescheinigte.

*

Das Anliegen von Rendsburg war ganz real-pragmatisch, da hier die ideologische Prophetie und Romantik Grundtvigs den Blick nicht verschleiern. Man wollte Bildungslücken schließen und damit den Menschen krisenfester im seelischen und geistigen Bereich wie auch im wirtschaftlich-beruflichen machen. Man wollte politische Bildungsarbeit leisten, um das Gemeinwesen mit demokratischem Geist zu erfüllen.

Veröffentlichungen u. a.: Auftakt freier Erwachsenenbildung. Geschichte und Bedeutung der Pflanzschule für tüchtige Commünevorsteher und Ständedeputierte in Rendsburg 1842—1848. Stuttgart 1960 — Die Rolle der Heimvolkshochschule in der Bildungsgesellschaft. Weinheim 1968 — Die amerikanische Bildungswirklichkeit. Idee, Stand und Probleme der Adult Education in den USA, Köln 1976.

DAS PROBLEM IDSTEDT

Alexander Scharff zum 75. Geburtstag

I

Zum vorjährigen Schleswig-Holstein-Tag wurde die 1929/30 erbaute, nach dem Zweiten Weltkrieg in Verfall geratene Idstedt-Halle wiedereröffnet. Die Halle mit ihrem Inventar, die benachbarte Gedächtnis-Kirche sowie die Grabanlagen ringsum bilden zusammen ein Denkmal, das der Schlacht bei Idstedt am 25. Juli 1850 gilt. In dieser Schlacht, die Otto Brandt „die blutigste Schlacht, die in unserer Zeit nördlich der Elbe geschlagen wurde“ nennt, kämpften etwa 36 000 Soldaten auf dänischer Seite und rund 26000 auf der deutsch-schleswig-holsteinischen. Fast 6500 Mann ließen hier ihr Leben. Die Schlacht endete mit einer schweren Niederlage für die schleswig-holsteinische Armee.

Von dem Verlauf dieser Schlacht soll im Folgenden nicht die Rede sein, also nicht davon, wie es an diesem Tag gewesen ist; wohl aber von den historischen Voraussetzungen und der Bedeutung des Geschehens und somit davon, „wie es eigentlich gewesen ist“. Denn so und nicht anders lautet das vielbenutzte Zitat Rankes. Des weiteren soll die spätere Deutung des Ereignisses von Idstedt, seine Nachwirkung, skizziert und beurteilt werden.

Die Geschichte der Denkmalsanlage einmal kritisch zu erfassen und darzustellen, wäre eine lohnende Aufgabe. Denkmäler haben ihre eigene, höchst aufschlußreiche Geschichte. Sie offenbaren in der Regel mehr über ihre Stifter und Gestalter als über die Persönlichkeit oder das Ereignis, dem sie gesetzt wurden. So erzählen uns die zahlreichen Bismarck-Denkmäler durchweg viel über Wünsche, Ansprüche und Hoffnungen des wilhelminischen Bürgertums, aber nur selten Zutreffendes über den Reichsgründer selbst. Denkmalstifter verewigen so nicht andere, sondern sich selbst, ohne dies eigentlich zu wollen. Dies ist keineswegs eine neue Erkenntnis, aber wir neigen leicht hin dazu, sie zu vergessen oder zu verdrängen. Denkmäler haben noch eine Eigenart: man wird sie, wie seine eigene Geschichte, nicht los. Mag man mancher Bismarck-Figur auch das Schwert wegnehmen, auf das sie sich grimmig-trutzig stützt, mag man ihr noch eine fromme Taube auf die Schultern setzen: man wandelt damit nicht das Zeugnis imperialen Weltmachtstrebens zu einem Mahnmal des ewigen Friedens. Wohl aber hätte man ein eindrucksvolles Zeugnis für den vergeblichen

Versuch geliefert, der eigenen Vergangenheit entrinnen zu wollen. Und sogar dafür, daß abgerissene, gesprengte und verschleppte Denkmäler immer noch gegenwärtig sind, gibt es zahlreiche Beispiele. Hierzulande mag man an den Idstedt-Löwen und an das Bismarck-Denkmal vom Knivsberg/Aschberg denken. Gerade Denkmäler dieser Art fordern uns immer wieder zur Auseinandersetzung heraus.

Solche Überlegungen haben die Verfasser beschäftigt, als es bekannt wurde, daß die Idstedt-Halle im Innern und im Äußeren erneuert und den Besuchern wieder zugänglich gemacht werden sollte. Das ist vor Jahresfrist geschehen. Wie weit es gelungen ist, geschichtliche Überlieferungen und die Geschichte auch der Anlage selbst zugleich mit dem aktuellen Willen in überzeugender Weise darzustellen, mag jeder Interessierte an Ort und Stelle prüfen. Den Gestaltern der Halle wünschen wir keine ungeteilte Zustimmung. Vielmehr erscheint es uns wünschenswert, daß auch dieses Denkmal zum Nachdenken, zu Gesprächen und Diskussionen anregt im wohlverstandenen Interesse aller, denen Geschichte und Gegenwart des Landes etwas bedeuten.

II

Im Frühjahr 1898, zur fünfzigsten Wiederkehr des Erhebungsjahres, erging ein Aufruf an die Schleswig-Holsteiner, Geld für den Bau der Gedächtniskirche bei Idstedt zu stiften. Als erster hatte der „bekannte“ Oberpräsident von Koller seinen Namen unter den Aufruf gesetzt. Hier war zu lesen:

„Je mehr sich aber die Reihen der alten Kämpfer lichten, um so dringender tritt an uns die Pflicht heran, auch in der jüngeren Generation die Erinnerungen der Väter lebendig zu erhalten. Es darf und soll niemals vergessen werden, wofür das alte Schleswig-Holstein gestritten und gelitten. Eine nie gekannte Begeisterung ergriff damals unser kleines Volk. Schwere und schmerzliche Opfer hat es freudig gebracht. Herrliche Siege hat es errungen, aber auch schmerzliche Enttäuschungen durchkostet. Und dennoch haben wir heute zu danken. Der trübe Ausgang unserer Erhebung ist durch Gottes gnädige Fügung zuletzt doch zum herrlichen Ende geführt worden. Schleswig-Holstein ist die Dopeleiche geblieben, ungeteilt von der Elbe bis zur Königsau, untrennbar verbunden mit dem

* *Ergebnis dieser Beschäftigung war zunächst ein umfangreicherer Aufsatz, dessen gekürzte und umgearbeitete Fassung hier vorliegt. Belege für die im Folgenden herangezogenen Zitate und weitere Literaturhinweise, die hier allzu viel Platz beansprucht hätten, finden sich in der Erstfassung; deren Manuskript ist — ebenso wie eine aufschlußreiche Korrespondenz, die dazu gehört — für jeden Interessierten einzusehen bei Dr. Hans-F. Rothert, Kiel, Schloß, Landesbibliothek.*

einigen deutschen Reich, und höher als der Menschen Gedanken sind auch hier Gottes Gedanken gewesen.“

Die Schlacht bei Ildstedt erscheint hier offenbar als bedeutsame Station im Heilsplan Gottes, der mit der Loslösung der Herzogtümer von Dänemark und ihrer Einverleibung in Preußen glücklich vollendet wurde. Es bedarf keiner näheren Erörterung, daß eine solche dem Geist des Mythos verhaftete Geschichtsbetrachtung und -deutung auch damals, im Jahre 1898, kaum noch statthaft war. Überdies hatte 1898 die moderne kritische Geschichtswissenschaft längst ihren respektablen Platz in der europäischen und deutschen Geisteswelt erobert. Gleichwohl konnte, ja sollte sich der Ildstedt-Mythos verbreiten, und zwar bis in unsere Tage hinein. Bevor dieser Sachverhalt untersucht wird, mögen zunächst einige Grundtatsachen zur schleswig-holsteinischen Erhebung und zur Schlacht bei Ildstedt referiert werden, soweit sie als unstrittig gelten können.

III

Die Erhebung der deutschen Schleswig-Holsteiner gegen Dänemark ist ein Teil Vorgang der deutschen und europäischen Revolutionsbewegung des Jahres 1848. Nationales Streitobjekt war das Herzogtum Schleswig. Ziel der dänischen Nationalliberalen war es, Holstein und Lauenburg aus dem dänischen Gesamtstaat auszugliedern und einen Nationalstaat mit der Eider als Südgrenze zu errichten. Nach den Vorstellungen der deutschnationalen Schleswig-Holsteiner sollten die Herzogtümer dem künftigen deutschen Nationalstaat angeschlossen werden. Beide Lösungen waren, da Deutsche und Dänen ganz Schleswig für sich beanspruchten, nicht miteinander vereinbar; beide Lösungen ließen die Tatsache unberücksichtigt, daß Schleswig ein „national gemischtes“ Herzogtum war mit einer überwiegend dänisch gesinnten Bevölkerung im Norden und einer mehrheitlich deutsch gesinnten im Süden. Deutsche und Dänen waren jedoch davon überzeugt, im Verfechten ihrer Ansprüche im Recht zu sein. Dies gilt es bei jeder Auseinandersetzung mit den Vorgängen der Erhebungszeit zu beachten.

Deutschen und Dänen ging es nicht allein darum, das nationale Problem in ihrem Sinne zu regeln. Nicht zu trennen vom jeweiligen nationalen Programm ist die Forderung nach persönlicher und politischer Freiheit (Verfassungsstaat) und nach sozialer Gerechtigkeit. Vor allem darin zeigt sich der Zusammenhang mit der allgemeinen Revolutionsbewegung. Freilich sind in das Bild, das die Historiker und ihre „Helfer“ von der Erhebungszeit gefertigt haben, die liberalen und demokratischen Züge nur mit wenigen dünnen Strichen eingezeichnet. Dieses Bild aber bedarf ohne Zweifel der Korrektur.

Durch das Eingreifen Preußens und des Deutschen Bundes wurde der Schleswig-Holstein-Konflikt schließlich zu einer Frage der europäischen Politik; sie war nur international zu regeln und das auf keinen Fall im Widerstreit mit den Interessen

der damaligen Großmächte.

Diese Tatsache hat die Statthalterschaft 1850 zu wenig in ihre Erwägungen einbezogen. Sie hat ihre eigene Position verkannt und überschätzt. Als sie beschloß, im Juli 1850 im Alleingang gegen das überlegene dänische Herr vorzurücken, war das Schicksal der Herzogtümer im Grunde bereits besiegelt. Die außerdeutschen Staaten wünschten, wenn auch aus unterschiedlichen Motiven, die Aufrechterhaltung des Gesamtstaats. Im Londoner Protokoll vom 2. August 1850 bekundeten Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Rußland und Schweden ihren einmütigen Wunsch, den Gesamtstaat zu bewahren: dies stimme mit dem Interesse des europäischen Gleichgewichts überein. Preußen hätte im Juli 1850 nur dann zugunsten Schleswig-Holsteins eingreifen können, wenn es eine bewaffnete Intervention in Kauf genommen und auf seine bundesstaatlichen Pläne in Deutschland verzichtet hätte. Dem einstigen Verbündeten blieb schließlich keine andere Wahl, als sich gegen die Schleswig-Holsteiner zu stellen, wollte er nicht einen aussichtslosen Krieg und seine Position als Großmacht riskieren. Selbst ein Sieg der Schleswig-Holsteiner im Sommer 1850 hätte mit hoher Sicherheit nicht zu einem selbständigen deutschen Schleswig-Holstein geführt und zur Befreiung derer, die eine solche Befreiung wünschten; das aber taten bekanntlich nicht alle Einwohner des Landes, die Dänen nicht und nicht die Gesamtstaatler.

Bei Idstedt kämpften nicht nur deutsche Schleswig-Holsteiner, sondern auch dänisch gesinnte. Auf der Seite der Deutschen standen keineswegs nur Freiwillige; viele waren zum Kriegsdienst gezogen worden. Von diesen sind etliche, wie in den zahlreichen Aufzeichnungen Beteiligter zu lesen ist, während des Kampfes desertiert. Man kann nicht sagen, daß bei Idstedt *die* Schleswig-Holsteiner für die Freiheit ihres Landes oder gar Deutschlands Einheit kämpften. Selbst von den deutsch geprägten Schleswig-Holsteinern stand ein großer Teil dem Kriegsgeschehen von 1850 äußerlich und innerlich fern. Es war kein „Volkskrieg“, der 1850 stattfand. Bei Idstedt konzentrierte sich der Geist der ausgehenden Erhebung in seinem Glanz und mehr noch in seiner Verzweiflung, seiner Blindheit, seinem Elend. — Es wird leicht übersehen, daß der Krieg mit der Schlacht bei Idstedt keineswegs beendet war. Ihr schloß sich der Zug gegen das von Dänen besetzte Friedrichstadt an, ein verzweifeltes, sinnloses und verantwortungsloses Unternehmen, an dessen Ende nur Tod und Zerstörung stehen konnten.

IV

Manches von dem, was wir heute an Tatsachen über die schleswig-holsteinische Erhebung und die Schlacht bei Idstedt wissen, ist von Anbeginn bekannt gewesen und ausgesprochen, dann aber von anderen Bewertungen wieder verdrängt

worden; weiteres hat die historische Forschung erst später stückweise ans Licht gebracht. Immer wieder hat man jedoch im Laufe der vergangenen 129 Jahre über Idstedt geredet und geschrieben; denn nur wenige andere Ereignisse der schleswig-holsteinischen Geschichte sind so oft in Wort und Stein gewürdigt worden. Welche Gedanken man auf deutscher Seite durch die Zeit hindurch an den Namen Idstedt knüpfte, offenbaren vor allem die Reden und Artikel, die bei den Einweihungen der verschiedenen Idstedter Gedenkstätten oder zu den Jahrestagen der Schlacht veröffentlicht worden sind.

Am 25. Juli 1869 wurde im Beisein von etwa 20 000 Menschen, darunter 6 000 ehemaligen Angehörigen der schleswig-holsteinischen Armee, das erste Denkmal in Idstedt enthüllt, das die in verschiedenen Vereinen organisierten Kampfgenossen aus eigenen Mitteln erbaut hatten und — so die Inschrift — „dem Andenken an die Erhebung des schleswig-holsteinischen Volkes und an den Kampf seiner Söhne für Landesrecht und deutsche Nationalität“ widmeten. In den damals gehaltenen Ansprachen und in den Berichten über jenen Tag klingen schon die meisten Themen an, die in der folgenden Zeit das Gedenken an Idstedt begleiten sollten.

Am Anfang steht fast immer die Erörterung der Gründe, die nach Meinung des jeweiligen Betrachters dazu geführt hatten, daß sich die deutschen Schleswig-Holsteiner allein den Dänen bei Idstedt gegenübersehen: Es war die „feige Diplomatie“ der Großmächte, die Preußen zur Aufgabe der schleswig-holsteinischen Sache zwang; Schleswig-Holstein war der „schmählich verlassene Bruderstamm“; Schuld hatte die „scharfe Feder der fremden Diplomaten“. Diese Topoi kehren bis heute in den Gedenkreden wieder. Bezeichnenderweise wird allenfalls die Haltung Preußens unterschiedlich bewertet. Im Jahre 1869, als die Herzogtümer gegen den Willen der meisten Schleswig-Holsteiner gerade erst dem preußischen Staat einverleibt worden waren, zögerte man keineswegs, die Politik Preußens „so schmählich herabgekommen“ zu nennen, „daß Schleswig-Holstein frei aufathmete, als Deutschland eine deutsche Sache preisgab“, und blickte mit „Ekel und Scham“ zurück. Im Zuge der allmählichen Aussöhnung mit Preußen in den Jahren nach der Reichsgründung und dem gewonnenen Krieg gegen Frankreich vermied man es dann meistens, die Rolle Preußens zu kritisieren. Man erwähnte sie nicht, sagte neutral, die Preußen seien „nach Süden abgezogen“, oder verstieg sich wie Hermann Hagenah 1930 zu der Beurteilung: Preußen gab „den Schleswig-Holsteinern fair play, ihre Sache selbst zu entscheiden“. Diesem Meinungswandel genau parallel ging eine zunehmende Ausnutzung und wachsende finanzielle Unterstützung des Idstedt-Gedenkens durch den preußischen Staat: 1898 war es der Oberpräsident von Koller, der als erster den Aufruf zum Bau der Kirche bei Idstedt Unterzeichnete; 1930 stellten das preußische Innenministerium und das preußische Kultusministerium je 5000 Mark

für die Errichtung der Idstedt-Halle zur Verfügung — zusammen ebensoviel wie das Reichsinnenministerium oder der schleswig-holsteinische Provinzialausschuß.

Als weiteres Thema enthalten die Gedenkreden und -Schriften fast durchweg eine recht ausführliche Schilderung der Schlacht selbst — anders übrigens als die meisten dänischen historischen Darstellungen — sowie eine Analyse der Ursachen für die militärische Niederlage. Von Beginn an herrschte bei kaum jemandem irgendein Zweifel, daß die Führung der schleswig-holsteinischen Armee versagt habe und daß General von Willisen mit seiner Entscheidungsschwäche und mangelnden Kriegserfahrung die Allein- oder zumindest die Hauptschuld trüge. An Tapferkeit und Einsatzwillen der Soldaten habe es keinesfalls gefehlt. Die Diskussion über Willisens Versagen vermochte freilich auch die viel wichtigere Frage zu verdrängen, ob die politische Führung mit ihrem Entschluß zum Kriege richtig gehandelt habe.

Der „heldenhafte“, der „heilige“ Kampf der deutschen Schleswig-Holsteiner galt einer unbestritten gerechten Sache, wobei allerdings wohl nur ein Verfasser so weit gehen mochte, die „numerische Größe“ des Heeres als ein dem „Stimmzettelerntscheid der späteren Zeit“ überlegenes „demokratisches Plebiszit“ anzusehen. Zwar habe man 1850 eine schmerzhaftige Niederlage erlitten — so die allgemeine Meinung —, doch sei das Opfer nicht umsonst gewesen, sondern habe sich schließlich gelohnt: „Gottes verborgene Wege“ haben Schleswig-Holstein über 1864 und 1871 in ein „herrliches Deutsches Reich“ geleitet. Diese Auffassung F. Andersens ist geradezu typisch für das Idstedt-Gedenken während der Kaiserzeit; man kann sie — wenn auch gewiß in andere Worte gekleidet — bis in unsere Tage finden.

Bei der Darstellung der Folgen von Idstedt wird sehr häufig die hypothetische Frage gestellt, ob ein Sieg im Jahre 1850 die Erhebung doch noch zum Erfolg geführt hätte. Im allgemeinen gilt die Ansicht, daß „selbst entscheidende Waffenerfolge den Schleswig-Holsteinern nicht (hätten) helfen können,“ weil „die Zeit der Freiheit“ noch nicht gekommen war und die „hohe Politik“ über die schleswig-holsteinische Sache entschied. Allerdings stößt man gerade bei einigen Historikern unseres Jahrhunderts auf die Meinung, daß „ein Sieg ... gewaltig ins Gewicht gefallen (wäre),“ weil „es kaum anzunehmen (sei), daß dies Gottesgericht des Waffenganges ... nicht anerkannt worden wäre.“ (H. Hagenah).

Aufschlußreicher als solche Spekulationen ist sicherlich der nächste Komplex: das Beispielhafte der Schlacht von 1850 und die Nutzenanwendung für die eigene Zeit des jeweiligen Betrachters. Die tiefe Trauer über die Opfer des Kampfes, über die Niederlage bei Idstedt und den Ausgang der Erhebung überhaupt, dem naturgemäß besonders in den ersten Jahrzehnten nach 1850 stark Ausdruck gegeben wurde, verklärte sich bald in der „heiligen Erinnerung“ an die „große Zeit“,

in der „gut ist, was mit Gott im Glauben getan wird“, kurz: an den „heiligen Krieg“. Dessen „werthvolle Reliquien“ sollten in „pietätvoller Sorge um jene geweihten Stätten“ in der Idstedter Waffenkammer gesammelt und erhalten werden. Damit erschien der Ausgang der Schlacht bei Idstedt — durch „eiserne Würfel“ entschieden — religiös überhöht und der Beeinflussung durch Menschenhand entzogen. Die Niederlage wurde zum Werk des Schicksals. Sie verkehrte sich gleichsam in einen Sieg, indem der Kampf der deutschen Schleswig-Holsteiner als Opfer für die nationale Sache und als „trotziges Ausharren in fast aussichtsloser Lage“ zu einem für alle Zeiten gültigen Vorbild verallgemeinert wurde. Die „unrühmliche“ Beschießung Friedrichstadts im Oktober 1850 wurde dabei meistens verdrängt, ebenso wie übrigens auch die schon 1850 nicht akzeptierte Tatsache, daß sich eine beträchtliche Anzahl der eigenen Landsleute in freier Gewissensentscheidung der dänischen Seite angeschlossen hatte.

Wenn man überhaupt nach einem gemeinsamen Nenner im Gedenken an Idstedt sucht, so ist es die bis heute gehegte Überzeugung, daß die Schlacht von 1850 das Beispiel schlechthin für Selbsthilfe, für Vertrauen auf Recht und auf Gott, für Opfermut und für tapferes Ausharren im Unglück darstellt. Dieser Tugendkatalog bildet dann auch das Fundament für die Bezüge der Betrachter zur jeweils aktuellen politischen Situation.

Während der „heilen Zeit“ des Kaiserreichs herrschten Trauer und naiver Stolz auf den schließlich 1864 doch noch errungenen Sieg vor, einen Sieg, dessen auch auf den Idstedt-Feiern gedacht wurde und der der damals vorherrschenden nationalen Überheblichkeit reichlich Nahrung bot. Nicht ohne Grund warnte 1900 die liberale „Kieler Zeitung“ vor Haßpredigten gegen Dänemark; denn „auch Mäßigung und Gerechtigkeit (machen) die Stärke eines Staates aus.“

Der Erste Weltkrieg und die Abtretung Nordschleswigs beendeten jene „heile Zeit“. Wie Schleswig-Holstein im Jahr 1850 wird nun nach dem Versailler Vertrag das ganze Deutschland der „von aller Welt verlassene Bruderstamm“, für den folgerichtig die Idstedter Niederlage die Lehre bereithalten mochte, daß nur ein „Ausharren selbst in den dunkelsten Zeiten“ mit entsagungsvoller Arbeit zur Wiederherstellung Deutschlands führe. Es ist daher nicht verwunderlich, daß der Bau der Idstedt-Halle gerade in den Jahren der Weltwirtschaftskrise — als viertes Mahnmal nach der Gedenkstätte von 1869, der Waffenkammer von 1881/1889 und der Kirche von 1903 — zweifelsohne in hohem Maße dem Bestreben entsprang, das Andenken an 1850 in den Dienst der politischen Ziele der eigenen Zeit zu stellen, d. h. der Wiedergewinnung Nordschleswigs und der Revision des Versailler Vertrages überhaupt. Die bei der Einweihung am 2. Juli 1930 gehaltenen Ansprachen mögen diese Absicht belegen: Der Schleswiger Schulrat Johannsen glaubte nicht „an einen abermaligen blutigen Waffengang mit Dänemark, an ein künftiges Idstedt oder Düppel“, sondern an „andere Waffen“, die das „Schicksal

der Halbinsel endgültig entscheiden werden“, und Bürgermeister Behrens aus Schleswig verglich das abgetretene Nordschleswig mit dem besetzten Rheinland. Er sprach die Hoffnung aus, daß auch im Norden „die Befreiung von dem unsrer engeren Heimat angetanen Unrecht nicht mehr fern sei“ und die neue Halle „eine Wallfahrtsstätte für jeden Schleswig-Holsteiner werden möge.“ Von Idstedt sollte — so der Ehrenvorsitzende des Schleswig-Holsteiner-Bundes, Dr. Todsen — „ein steter Strom schleswig-holsteinischen Fühlens und Wollens ausgehen und der Heimat Tagesaufgaben durchdringen“. In vielleicht noch stärkerem Maße gewann der Name Idstedt nach dem Zweiten Weltkrieg symbolische Bedeutung. In den zahlreichen Reden und Artikeln zur Hundertjahrfeier 1950 und in den Jahren danach waren es vor allem die Sprecher des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes, die zum „Sammeln“ bliesen und die sich bemühten, Idstedt zum Fanal des Widerstandes gegen eine erneute „Bedrohung“ des deutschen Schleswigs von Norden her zu machen. Die Überschrift der „Schleswiger Nachrichten“ zum Bericht der Feier 1950 lautete: „Die geistige Idstedt-Schlacht von heute gewinnen!“ Der Angriff der Dänen, die „wie vor 100 Jahren *aus dem Bindestrich zwischen Schleswig und Holstein einen Trennungsstrich machen*“ wollten, „auf das bis dahin unangefochten *deutsche* Volkstum unserer Heimat“ müsse abgewehrt werden, heißt es in einem Bericht; denn „niemals könne und dürfe es von den Idstedt-Gefallenen heißen, sie hätten sich an der Sache, für die sie kämpften und starben, geirrt.“

Es wird ganz deutlich, wie sich die politische Zielrichtung des Idstedt-Gedenkens erneut geändert hat: Während nach Versailles die Rückgewinnung Nordschleswigs im Vordergrund gestanden hatte, war nunmehr von einer Grenzverschiebung nach Norden nirgends mehr die Rede. Im Gegenteil: die zuvor angefochtene Grenze von 1920 galt jetzt als rechtmäßig und sollte bewahrt werden. In einer „Zeit, die zur Vereinigung der europäischen Geister drängt,“ sei ein Grenzkampf „unzeitgemäß“, weil „man sich mit den Ergebnissen der Geschichte abfinden muß.“ Diese Mahnung richtete der damalige SHHB-Vorsitzende Hanno Schmidt freilich nur an die dänische Seite.

Indessen wurde das Beispiel „Idstedt“ seit den ausgehenden fünfziger Jahren ohne weiteres für die Revision einer anderen, jüngeren historischen Entscheidung in Anspruch genommen. Deutsche Schleswiger sahen 1956/57 Beziehungen zwischen Idstedt und dem Streben nach der deutschen Wiedervereinigung; vertieft wurde diese neue Auffassung in jüngster Zeit: Aus den Ereignissen von 1850 hätten die Schleswig-Holsteiner geduldig warten gelernt. „Diese Lehre von Idstedt gilt heute ... für unser ganzes deutsches Volk, das noch auf die Stunde seiner endgültigen und befriedeten Einheit warten muß.“ Man werde sich in Idstedt „auch in Zukunft wiedertreffen, bis für unser ganzes Volk der ›schön're Morgen tagt‹“ (W. Schmidt). Die hier postulierte gesamtdeutsche Gültigkeit des Idstedt-Gedenkens

mag ihren Niederschlag auch in dem neugeschaffenen „Idstedt-Symbol“ finden, das bezeichnenderweise den doppelköpfigen Reichsadler der schleswig-holsteinischen Armee von 1848—1851, nicht aber das auf den Helmen ebenfalls angebrachte schleswig-holsteinische Wappen zeigt.

Gerade diese Auffassung offenbart, in welcher bedenklicher Weise die Erinnerung an ein historisches Ereignis im Laufe der Zeit den unterschiedlichsten aktuellen Gegebenheiten und Zielen angepaßt und nutzbar gemacht werden kann. Der äußere Rahmen und der Verlauf der Idstedt-Feiern haben sich seit 1869 stark verändert, die Bewertung der Schlacht von 1850 hingegen ist in den Grundzügen, den Erkenntnissen der Forschung zum Trotz, gleich geblieben und hat zur Bildung von Legenden beigetragen. Gleich geblieben ist auch der „Idstedt-Mythos“, gewandelt hat sich jedoch seine Anwendung entsprechend den geänderten politischen Verhältnissen. Ebenfalls mag klar geworden sein, daß sich an das Idstedt-Gedenken vergangener Tage heute kaum noch anknüpfen läßt. Gerade die schleswig-holsteinische Erhebung muß wesentlich differenzierter betrachtet werden, als dies in der Vergangenheit geschah und wie es heute immer noch „volkstümlich“ ist.

V

Die Erinnerung an Idstedt ist also zu verschiedenen Zeiten ebenso verschiedenen aktuellen tagespolitischen Zielen dienstbar gemacht worden. Wer in dieser Absicht mit einem historischen Ereignis umgeht, muß eklektisch verfahren: er muß unpassende Tatsachen ignorieren, andere hervorheben oder ihnen die gerade passende Bedeutung zuschreiben, kurz: er muß sich ein einfARBiges, „geschlossenes“ Bild erstellen. Freilich ist dabei eine differenzierte, wissenschaftlicher Erkenntnis folgende Betrachtung nicht gefragt. Sie gibt, so scheint es, für den, der nach verwendbaren historischen Lehren sucht, kaum etwas her. Aber dieser Schein trügt. Einige Überlegungen zur Frage, was Idstedt heute zu sagen vermag, mögen dies erläutern.

In seiner Rede zur 125. Wiederkehr der Schlacht bei Idstedt 1975 und in zahlreichen späteren Verlautbarungen zählt Werner Schmidt — offenbar im Rückgriff auf die Auffassung Otto Brandts aus dem Jahre 1925 — „das trotzige Ausharren in fast aussichtsloser Lage“, das „Beharren ... im ungebrochenen Bewußtsein des historischen Rechts“ zu den wichtigsten Lehren, die die Geschichte der schleswig-holsteinischen Erhebung für die Gegenwart und Zukunft bereithält. Heute nun gelte „diese Lehre von Idstedt“ „nicht mehr für die Menschen dieses Landes allein“, sondern „für unser ganzes deutsches Volk“, das auf die Stunde seiner „befriedeten Einheit“ warten müsse. Ein solches Geschichtsbewußtsein ist nicht mit dem unter deutschen und dänischen Fachhistorikern im wesentlichen unbestrittenen historischen Befund zu

vereinbaren; es ist darüber hinaus auch in politischer Hinsicht bedenklich. Es wird offensichtlich vorausgesetzt, daß es damals einen allen Schleswig-Holsteinern gemeinsamen national-deutschen Willen gab. Dabei wird verkannt, daß Nordschleswig überwiegend dänisch geprägt war und daß im Lande zwischen Elbe und Königsau neben dänischen und deutschen Patrioten auch zahlreiche gesamtstaatlich denkende oder (national)politisch indifferente Menschen lebten. Die „Lehren“ aus der Geschichte der Erhebung setzen weiter voraus, daß „die“ Schleswig-Holsteiner im Recht, die Dänen dagegen im Unrecht waren. Tatsächlich setzten sich beide Seiten, also auch die national-deutsch-schleswig-holsteinische, bei ihrer Berufung auf das „historische Recht“ über das Recht und die berechtigten Wünsche des nationalen Gegners hinweg, und zwar unter Anwendung von Gewalt. Man denke, von den militärischen Auseinandersetzungen zunächst einmal abgesehen, nur an die Personen in Sonderburg, die von den Dänen wegen ihrer deutschen Gesinnung aus ihrer Heimatstadt vertrieben wurden. Aber auch die deutschgesinnten Schleswig-Holsteiner haben es „an Intoleranz gegenüber ihren Gegnern wahrlich nicht fehlen lassen“ (A. Scharff).

Dies gilt es ebenso zu bedenken wie die Tatsache, daß die Erhebung auch *Revolution* war, Teil einer gesamtdeutschen und europäischen revolutionären Bewegung. Die Bestimmung des schleswig-holsteinischen Staatsgrundgesetzes vom 15. September 1848, daß nicht etwa nur Holstein, sondern auch Schleswig dem deutschen Staatsverband angehören solle, war weder mit dem historischen noch mit dem geltenden Recht vereinbar. Dieses Ziel ließ sich nur nach einer siegreichen Erhebung, also mit Gewalt, durchsetzen. Ebenso mußte die drohende Verschmelzung des Herzogtums Schleswig mit Dänemark auf deutscher Seite als Rechtsbruch empfunden werden. Die liberalen und freiheitlichen Ziele der Erhebung wurden letztendlich vom Nationalismus als einer „illiberal force“, einer illiberalen Kraft, überrollt (W. Carr). Der Gedanke der Einheit siegte damals über den der Freiheit — ein folgenschwerer Sieg nicht nur für die schleswig-holsteinische, sondern für die deutsche Geschichte insgesamt.

Deutsche wie Dänen waren bereit, ihr Recht, oder das, was sie dafür hielten, mit Waffengewalt durchzusetzen. Im volkstümlichen Geschichtsbewußtsein wird dagegen noch immer von der Vorstellung ausgegangen, daß sich unsere deutschen Landsleute in einem reinen Verteidigungskrieg oder im Kampf für eine eindeutig höhere Sache befanden. Diese die Vergangenheit mystifizierende Vorstellung in traditionellen Bahnen ist schlicht falsch. Sie will auch schlecht zu der bisher fast immer verdrängten Tatsache passen, daß die Provisorische Regierung in ihrer „Verfügung betreffs der Volksbewaffnung“ vom 8. April 1848 „ein Prinzip totaler Kriegsführung“ proklamierte, das nach dem begründeten Urteil von Eberhardt Schwalm „die überkommenen und anerkannten Staats- und Rechtsordnungen“ außer acht ließ. „Die vernichtendsten Mittel sind die

vorzüglichsten,“ heißt es zum Beispiel in der Verfügung; die Hospitäler des „Feindes“ sind „aufzuheben“. Gleichzeitig aber berief man sich auf die „höchsten Güter der Menschheit, die Nationalität und die Freiheit“, auf „Recht und Gerechtigkeit“, auf die Segnungen Gottes. Anvisierte Ziele und befohlene Mittel zu ihrer Erreichung standen also nicht nur im Gegensatz zu den heute anerkannten Rechtsnormen, sie verletzten auch die *damals* geltenden Staats- und Rechtsordnungen.

Auch deswegen erscheint es wenig sinnvoll, die Methoden des Anschlusses der Herzogtümer an den deutschen Staatsverband heute noch als vorbildlich zu empfehlen, und sei es auch nur indirekt. Es sollte nachgerade bekannt sein, daß es Bismarck keineswegs um den schleswig-holsteinischen „Traum einer deutschen Einheit“ ging, als er „dies Land in den großen Bund der Deutschen führte“, sondern allein um die Machterweiterung des preußischen Staates, sehr zum Unwillen der meisten Schleswig-Holsteiner. Es sollte vor allem nicht vergessen werden, daß Bismarck bereit war, zur Erreichung seines Zieles 1864 einen blutigen Krieg zu führen. Im übrigen war die Schleswig-Frage durch die preußische Machtentscheidung bekanntlich keineswegs gelöst.

In einer politischen Situation, in der alles davon abhängt, daß Spannungen gemindert und ein Krieg weltpolitischen Ausmaßes verhindert wird, kann Idstedt nicht mehr als Gedenkstätte für einen „glücklichen Sieg“ oder eine „unglückliche Niederlage“ betrachtet werden, sondern als ein *Mahnmal*, das dem Besucher zu der Erkenntnis verhilft, daß Krieg ein untaugliches Mittel zur Lösung politischer Konflikte ist. Auch unter diesem Aspekt verbietet es sich also, eine Parallele zu ziehen zwischen Zielen und Mitteln der deutsch-nationalen Schleswig-Holsteiner im 19. Jahrhundert und der Hoffnung auf eine deutsche Wiedervereinigung heute. Will man ein treffendes Bild von den kriegerischen Ereignissen vermitteln, so muß die Begeisterung, mit der mancher Patriot zu den Waffen eilte, mit der ganzen Brutalität und Grausamkeit des Krieges konfrontiert werden, von dem nicht nur Soldaten, sondern — etwa bei dem unsinnigen Friedrichstädter Unternehmen — auch Frauen und Kinder direkt betroffen waren. Idealisierende, romantisierende, bis ins Pseudoreligiöse gesteigerte Vorstellungen vom Krieg, wie sie manche Kampfgenossen und Geschichtsschreiber im Nachhinein, psychologisch und historisch verständlich, entwickelt haben, müssen den schrecklichen Tatsachen gegenübergestellt werden, von denen uns zahlreiche Zeugnisse vorliegen. „Unendlicher Fleiß ist seit erdenklichen Zeiten von Geschichtsschreibern darauf verwandt worden, den Verlauf von Schlachten und Kriegen darzustellen. Auch den vordergründigen Ursachen von Kriegen wurde nachgespürt. Aber nur wenig Kraft, Energie und Mühe wurde in aller Regel darauf verwandt, sich darüber Gedanken zu machen, wie man sie hätte vermeiden können.“ Bedenkt man diese Worte Gustav Heinemanns, so erscheint es sehr fraglich, ob man das „trotzige Ausharren

in fast aussichtsloser Lage“ als eine „die Entwicklung der Eigenart der Menschen dieses Landes“ prägende Tradition und als eine aus der Geschichte zu ziehende Lehre hinstellen kann. Ganz abgesehen davon, daß man eben nicht ausharrte, sondern sich trotz aussichtsloser Lage in blutige Schlachten verwickelte, verstellt die Lehre des trotzig Beharrens auf der eigenen Position, das geduldige Warten gar auf günstige Konjunkturen für eine Machtentscheidung den Blick für Toleranz, den Willen zur Verständigung, zum Kompromiß — Grundhaltungen, deren wir heute mehr denn je bedürfen!

Eine Alternative auf der Basis des Kompromisses war damals der Gedanke einer Teilung Schleswigs, auch wenn er dem übersteigerten Nationalismus und der aggressiven öffentlichen Meinung auf beiden Seiten zum Opfer fiel. Der Teilungsgedanke wurde von offiziellen Stellen in Schleswig-Holstein und Dänemark freilich nur zeitweise und halbherzig erwogen. Entschiedener setzten sich einzelne Bürger für eine Kompromißlösung ein. So sah der Däne Egede Schack 1849 eine Teilung Schleswigs nicht nur als notwendiges Übel, sondern als optimale Lösung an. Auf deutscher Seite sprach sich im selben Jahr der Landvogt Lempfert in der Landesversammlung für eine Teilung Schleswigs auf der Grundlage des Nationalitätenprinzips aus, was ihm den Vorwurf des „Landesverrats“ eintrug. Die *Zivilcourage*, die dazu gehört, in einer national aufgeheizten, aggressiven Atmosphäre einen solchen Vorschlag zu unterbreiten, verdient eher eine Würdigung, als die damals oft rein emotionale Bereitschaft, zur Waffe zu greifen.

Spricht man von den „zahlreichen Freiwilligen aus allen Teilen Deutschlands“, die „unter blau-weiß-roten und schwarz-rot-goldenen Emblemen“ in der schleswig-holsteinischen Armee und Marine für „Zusammengehörigkeit und Einheit“ kämpften — so der Aufruf zur Rettung der Idstedt-Halle von 1977 —, so vermittelt man allerdings nur ein recht einseitiges Bild: Bei zahlreichen Freiwilligen handelte es sich schlicht um Söldner. Die freiwillige Kampfbereitschaft in Schleswig-Holstein war keineswegs so weit verbreitet, wie meist vorausgesetzt wird. Vermögende hatten die Möglichkeit, sich gegen Bezahlung „vertreten“ zu lassen. Wer das notwendige Geld nicht aufbringen konnte, versuchte nicht selten, sich auf andere Weise der Wehrpflicht zu entziehen, so auch durch Selbstverstümmelung. Zudem sei daran erinnert, daß etwa bei Idstedt und Friedrichstadt einzelne Truppenteile ihren Offizieren nicht mehr folgten. Wie immer man diese Tatsachen bewerten mag, auch sie gehören zu einem vollständigen Bild der schleswig-holsteinischen Erhebung.

Viel zu wenig hat man bisher beachtet, daß die schleswig-holsteinische Erhebung auch ihre *soziale* Seite hatte. Die Verantwortlichen auf schleswig-holsteinisch-deutscher Seite kämpften gleichsam gegen zwei Fronten: gewiß in erster Linie gegen die Dänen, aber auch gegen aufbegehrende Arbeiter sowohl in den Städten

als auch in ländlichen Gebieten (Instenunruhen!). „Socialistische und communistische Ideen bei der arbeitenden Classe“ hatten auch in unser Land Eingang gefunden, wie es der Kanalinspektor Thomsen 1848 formulierte. Den Arbeitern ging es nicht „nur“ um eine punktuelle Verbesserung ihrer drückenden wirtschaftlichen Situation, sondern um das prinzipielle Recht auf staatsbürgerliche Freiheit und Gleichheit, wobei sich die demokratischen Kräfte auf die liberalen Ideen der achtundvierziger Revolution und des schleswig-holsteinischen Staatsgrundgesetzes beriefen. Die politisch Verantwortlichen in Schleswig-Holstein sahen sich veranlaßt, gegen Streiks und Arbeitertumulte Militär aufzubieten. „Rädelsführer“ — oft die örtlichen Volksschullehrer — wurden verhaftet, manchen der Prozeß gemacht, wobei sich etwa der demokratische Abgeordnete der Landesversammlung, Lehrer Mester, als Gegner der herrschenden sozialen Zustände vor Gericht als kommunistischer Agitator diffamiert sah. Die soziale und demokratische Seite der schleswig-holsteinischen Erhebung gilt es also auch zu berücksichtigen, wenn es darum geht, „die Kenntnis von den Vorgängen vor über 125 Jahren in unserem Land (zu) verbreiten.“

Diese Hinweise mögen genügen, um zu zeigen, daß Idstedt uns eine Reihe von Problemen präsentiert, Probleme, die die deutsche Geschichte uns allgemein aufgibt, und zwar solche grundsätzlicher, nicht tagespolitischer Natur. Wir sollten diese Chance, die uns die Landesgeschichte bietet, nutzen und uns davor hüten — wie etwa im Jahre 1898 — die Flucht in den Mythos anzutreten.

BI IDSTEDT - 25. Juli 1850

*Uns twintig Bataillonen
Bi Idstedt, wat en Heer!
Kanonen un Schwadronen!
Uns egen Lüd un Per!*

*Dat wer de Herr Willisen,
Dat wer de General,
Weer awers nich vun Isen
un ok keen Mann vun Stahl.*

*Wi harm se seker kr egen,
Se twungen stumm un dumm;
Do blas dat langs de Regen:
Torügg, Kamrad, kehr um!*

*Weer dat en Tid tum Blasen:
„Umkehrt!“ as bi en Jagd?
Gung't denn op Reh un Hasen,
Weer't nich en bitre Slacht?*

*Harm wi nich stahn as Rahlen?
Nich wadt in Sweet un Blot?
Un mennig schreeg in Qualen,
Un mennig leeg der dot!*

*Bi Stolke mank die Hecken,
Wer leeg dar Mann an Mann?
De unse Kugeln strecken!
En General vaeran!*

*Dat weern se, de Husaren,
Mitsamt er Danebrog!
De Raben keemn in Scharen,
Na'n Heben trock de Rok.*

*Un wi, as op de Socken,
Wie sleken daer de Heid!
De Rok is wul vertroocken —
De Doden sünd beklei't. —*

*Dat blöht in Summerdagen
Dar hochrot op de Loh:
Blot hett de Eer dar sagen!
De Schann, de lüchtert so!*

*Doch, kamt de Tiden wedder
Vun Idstedt — as dat ward! —
Keen Mann denn vun de Fedder!
Denn een vun Kopp un Hart!*

*Denn mal en Mann vun Isen,
En echten General,
So wüllt wi noch mal wisen,
Wi twingt se noch eenmal.*

*Un blast denn de Trumpeten:
„Umkehrt!“ dat is vaerbi!
So mutt dat Blasen heten:
Nus Sleswig-Holsteen fri.*

KLAUS GROTH

Klaus Groth, dessen Bruder Johann an der Schlacht bei Idstedt teilgenommen hatte, zeichnet in seinem Gedicht ein eindrucksvolles Stimmungsbild des Kampfgeschehens und der Empfindungen der Schleswig-Holsteiner nach dem für sie unglücklichen Ausgang. Ein „Mythos von Idstedt“ ist schon dieses Gedicht.

Im Juli d. J. starb Dr. Richard Schenck, gebürtiger Flensburger, deutscher Sozialdemokrat, ein „Mann der ersten Stunde“, wie man diejenigen gern nennt, die es 1945 unternahmen, nach den Schrecken des Hitlerreiches die Weichen neu zu stellen. Als Richard Schenck siebzig Jahre alt wurde, schrieb Ernst Siegfried Hansen aus unmittelbarer Kenntnis der Arbeit Richard Sehendes für seine schleswigsche Heimat im „Nordschleswiger“ die nachstehend wieder gegebene Würdigung seiner politischen Tätigkeit in den Jahren 1945 bis 1951.

Am 1. August d. J. starb Jes Schmidt, der deutsche Abgeordnete im dänischen Folketing, nach langem Krankenlager und nach einem Leben für die deutsche Volksgruppe. Als Jes Schmidt sechzig Jahre alt wurde, schrieb Ernst Siegfried Hansen ebenfalls aus eigenem Miterleben über das Wirken und die Bedeutung von Jes Schmidt für die Volksgruppe.

Jes Schmidt und Richard Schenck waren trotz des Altersunterschiedes und verschiedener politischer Grundhaltung durch ihren Einsatz für die deutsche Volksgruppe freundschaftlich miteinander verbunden.

Wir bringen nachstehend beide Artikel, weil sie über die Würdigung verdienter Männer hinaus zeitgeschichtliche Zusammenhänge und Hintergründe verdeutlichen, die nicht dem Vergessen anheimfallen sollten. Allerdings möchten wir auch den Menschen ein — gedrucktes — Denkmal setzen, die sich um unsere Heimat verdient gemacht haben.

ERNST SIEGFRIED HANSEN

Der Mann, der über die Grenze kam ...

Er kam nicht gestiefelt und gespornt, sondern im Übergangsmantel, mit braunen Schuhen und einem grauen Hut. Er rauchte an einer schwarzen Zigarre und sagte, als ich mich vorstellte, „oh, höchstpersönlich“, worüber ich mich amüsierte; ich kam mir nicht höchstpersönlich vor, und er lachte mit. So lernte ich Dr. Richard Schenck kennen. Bevor wir Seegard erreichten, waren wir schon in medias res gelangt. Es sah schließlich kunterbunt aus im alten Herzogtum ...

Das ist ein Zitat aus dem Buche „Kurier der Heimat“ über die Begegnung an der damals fast für jeden geschlossenen Grenze mit Richard Schenck am 2. Oktober 1948. Er war der erste deutsche Minister, der nach dem Kriege über die Grenze nach Dänemark kam. Bis dahin kannten wir Richard Schenck persönlich nicht. Zwar wurde in dänischen Reden und Berichten behauptet, wir würden uns über die gesperrte Grenze hinweg die Bälle zu. Wenn das stimmte, so war es bis zu diesem 2. Oktober 1948 ein Spiel im Nebel ohne Briefwechsel und Fühlungnahme.

Richard Schenck gehörte zu den Namen, die 1945, im Jahre null, als es keine Namen mehr in Deutschland gab, aus den Trümmerhalden auftauchte. Als Sohn eines Flensburger Rektors, in dessen Hause man schleswig-holsteinisch und

konservativ war, war er in der Schüler- und Studentenzeit eigene Wege gegangen, die ihn zur deutschen Sozialdemokratie führten.

Der promovierte Volkswirt flog 1933 fristlos aus seiner Stellung als Sekretär des Verbandes deutscher Schiffingenieure in Hamburg heraus und lernte in den Jahren 1934 und 1935 als Schutzhäftling Gefängnismauern von innen kennen. Die nächsten zehn Jahre überstand er als Volkswirt und Pressereferent bei der Rhenania in Hamburg. So oft es sich ermöglichen ließ, hielt er sich mit seiner Familie auf der Insel Röm auf. Als Flensburger und als Besucher kannte und liebte er Nordschleswig.

Auf den Tag genau wissen wir, wann Richard Schenck, der von Hamburg aus mit tiefer Besorgnis die volkliche deutsche Krise im Landesteil Schleswig beobachtete, sich in Flensburg selbst in die Entwicklung einzuschalten begann. Er traf in seiner Heimatstadt am 17. August 1945 ein, dem Tag, an dem der damalige dänische Außenminister Christmas Møller an Ort und Stelle bemerkenswerte Gespräche mit der dänischen Minderheit und den sich nach Dänemark orientierenden Kreisen Flensburgs führte. Die Berichte Schencks gehören zu dem interessantesten Quellenmaterial aus dieser Zeit.

In seinem Versuch, Kontakt mit Flensburgern, und nicht zuletzt führenden Sozialdemokraten, aufzunehmen, die etwa bereit wären, in Flensburg einen deutschen Gegenkurs zu steuern, handelte Schenck im Kontakt mit der aus der Illegalität wieder auftauchenden, aber von der britischen Besatzungsmacht noch nicht zugelassenen SPD Kurt Schumachers und ihrer noch nicht „offiziellen“ Bezirksleitung in Kiel. In dem Ringen um deutsche Selbstbehauptung südlich der Grenze — trotz des weitreichenden volklichen Zusammenbruchs — war Schenck ein „Mann der ersten Stunde“.

Bald trat auch er ins öffentliche Rampenlicht, und in dem Kabinett Hermann Lüdemann, das nach der Landtagswahl vom 20. April 1947 gebildet wurde, rückte Schenck als Finanzminister in eine entscheidende Position der Landespolitik auf. Es wäre irrig zu glauben, unter den gegebenen Umständen habe diese Landesregierung nur ein schwankendes Rohr im eiderdänischen Wind sein können. Sie setzte vielmehr auf einen groben Klotz einen groben Keil:

„Die Landesregierung erkennt die 1920 gezogene deutsche Nordgrenze als gerecht und endgültig an. Sie erkennt das Recht der dänischen Volksgruppe auf freie kulturelle Entwicklung an unter der Bedingung, daß der deutschen Volksgruppe in Dänemark dieselben Rechte zugewilligt werden. Die Landesregierung bestreitet, daß die deutsch sprechenden und bisher deutsch gesinnten Separatisten das Recht haben, ihrem Volk in der Stunde der Not den Rücken zuzukehren.“ So hieß es in der Regierungserklärung Lüdemanns vom 8. Mai 1947.

*

Bis die Flutwelle zurückzurollen begann, konnte es für Schenck nur ein Motiv geben, das er auf der Schleswiger Kundgebung vom 30. September 1948 mit den Worten umriß: „Man kann seine Nationalität nicht wechseln wie ein Hemd, man kann nicht heute Deutscher und morgen Däne sein. Es geht dabei um Werte, die man nicht wegwerfen kann. Darum kämpfen wir um dieses Land, um diese Menschen ...“

An dieser Stelle nachzuzeichnen, wie das geschah, ist nicht möglich. Das wird man in der vorliegenden zeitgeschichtlichen Literatur nachlesen müssen; und der Geschichtsschreibung, die aus zeitlicher Distanz urteilt, eröffnet sich hier ein weites Feld.

Nur vor dem Irrtum muß gewarnt werden, die einfache Elle anzulegen, hier, in dieser historisch zu nennenden Grenzsituation unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg, sei ein Recke erschienen, um mit ehernen Worten Fraktur zu reden. Man weiß nicht, ob jemand in der Zukunft auf eine solche Idee kommen könnte. Wer Schenck kennt, weiß, daß dies weder seiner Statur noch seiner Wesensart entsprach.

Seiner Bedeutung in der „ersten Stunde“ wird man nur gerecht, wenn man seine Entschlossenheit, die deutsche Position im alten Herzogtum Schleswig zu behaupten und die Grenze von 1920 zu verteidigen, kombiniert mit seinem Bemühen um gültige Spielregeln für ein friedliches Miteinander der beiden Kulturkreise und Minoritäten. Wer etwa glaubt, Schenck habe an eine Politik der „harten Hand“ gedacht, ist auf dem Holzweg.

Im Gegenteil suchte er die Auffassung zu praktizieren, die wir mit ihm teilen, daß man von deutscher Seite in der Liberalität der Minderheitenpolitik vorangehen soll, statt sich hinterherziehen zu lassen. Mit der analytischen Begabung, die ihm eigen war, erkannte er zu einem Zeitpunkt, als andere sich noch an den großen Zahlen der dänisch orientierten Heimatbewegung blind sahen, in welchen Toleranzen sich die spätere daraus hervorgehende dänische Minderheit bewegen würde, und strebte an zu vermeiden, was zu einem „gefährlich überhöhten Niveau“ führen könne.

Schenck, im ersten Halbjahr 1949 neben dem Amt des Finanzministers zugleich mit der Führung der Geschäfte des Volksbildungsministers beauftragt, wurde, als das Kabinett Lüdemann am 29. August 1949 zurücktrat und von einem Kabinett Bruno Diekmann abgelöst wurde, nicht wieder in die Landesregierung berufen. Die Grenzbataille war abgeblasen, neue Signale wurden gehißt, und in der Kaderpartei der SPD ist eine für zweckmäßig gehaltene Wachablösung nichts Ungewöhnliches.*

* Näheres für Interessierte über die „neuen Signale“ s. „Andreas Gayk und seine Zeit“ (Neumünster 1974) in dem Kapitel „Deutsch-dänische Grenzpolitik“ des Verf.

Ungewöhnlich — nur aus seiner Position in der „ersten Stunde“ zu verstehen — war die schon drei Tage später folgende Wahl Schencks, des nach wie vor sozialdemokratisch eingestellten Politikers, zum Bundesvorsitzenden des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes. Die neuen Wege, die er hier zeigte, und die landesumfassenden Aufgaben, die er dem Heimatbund stellte, sind in den Umrissen in dem zum zwanzigjährigen Jubiläum des Heimatbundes erschienenen Werk dargestellt.

Jeder Nordschleswiger, der in dieser Zeit am deutschen Leben teilgenommen hat, weiß, daß die enge Zusammenarbeit mit Schenck, die bei seinem ersten Besuch am 2. Oktober 1948 eingeleitet worden war, unverändert anhielt, zu einer starken Intensivierung der Patenschaftsarbeit führte und von den internen Schwierigkeiten, die sich in Schleswig-Holstein entwickelten, nicht berührt wurde. Die Tätigkeit für das Kulturleben der deutschen Volksgruppe war Schencks „liebstes Kind“. Umgekehrt bleiben Nordschleswiger Freund ihrer Freunde.

Die Kontroversen sachlicher, politischer und persönlicher Art, die sich um die Gründung der „Schleswig-Holsteinischen Gemeinschaft“ gruppierten, steigerten sich im Sommer und Herbst 1952 im Heimatbund zur „Krise um Dr. Schenck“ und endeten damit, daß er am 29. November 1952 in Rendsburg nicht wiedergewählt wurde. Im „Kurier“ ist eine Darstellung der Vorgeschichte gegeben und eine Analyse versucht worden, auch im Jubiläumswerk des Heimatbundes kann man etwas darüber lesen.

Leider verließ Schenck, der zu seiner Partei, die er vorübergehend verlassen hatte, zurückgekehrt war, Schleswig-Holstein, um für eine lange und erfolgreiche Zeitspanne bis zu seiner Pensionierung Stadtkämmerer von Oberhausen zu werden. Die Kontakte wurden selten, aber rissen nicht ab, und wenn es möglich war, kam „der Mann, der über die Grenze kam“ wieder nach Nordschleswig oder Kopenhagen. Sein Interesse für die Entwicklung in Schleswig-Holstein, im Grenzland und in Dänemark blieb unverändert stark.

Je mehr der politische Pulverdampf der ersten Nachkriegszeit sich lichtete, um so deutlicher erblickte man auch von dänischer Seite einen anderen Schenck, als man sich ihn vorgestellt hatte: einen Mann, der mit einer Intensität, die aus innerer Verbundenheit kommt, in die geistige, politische und soziologische Struktur des dänischen Nachbarlandes eingedrungen war und die darin begründete Eigenart Dänemarks und des dänischen Volkes kannte wie leider nur allzu wenige südlich der dänisch-deutschen Grenze. Damals war er, vom dänischen Gesichtspunkt aus, ein Gegner, und Gegner kann man sich nicht aussuchen. Könnte man es aber, so war es eine gute Wahl.

Seit damals, als die erste Begegnung bei Kupfermühle-Krusau stattfand, sind viele

Jahre vergangen. Das lässt sich nicht leugnen, selbst wenn man dagegen ist. Für die Generation, die heute so jung ist, wie wir es damals waren, liegt das in den Nebeln der Vergangenheit. Geschichte und Geschichten. So wie wir reagierten, wenn uns die ältere Generation von der „deutschen Zeit“ und der „Abstimmungszeit“ erzählte.

*

Was war auch Besonderes daran? Alles brach über uns zusammen, und wir versuchten, es wieder aufzubauen, weil wir gerade einmal da waren.

Jes Schmidt: Ein Leben im Dienste der Heimat

Auf die Frage, wann er Geburtstag habe, antwortete Jes Schmidt seit seiner Schulzeit stets: „Zusammen mit Luther und Schiller“, die beide am 10. November das Licht der Welt erblickten, wenn auch Anno 1483 und 1759. Vergeßliche konnten dann im Lexikon nachschlagen. Der Jubilar selbst war ein „Königsaudeutscher“, nicht in der politischen Bedeutung der Zwischenkriegszeit, sondern rein geographisch. Am 10. November 1916 wurde er in Hjerting bei Rödning geboren, nicht weit von der idyllischen Au, an der das alte Herzogtum Schleswig endete und der politische Streit begann.

An seinem fünfzigsten Geburtstag wurde in einer Würdigung darauf hingewiesen, daß selbst in einem kleinen Gebiet wie Nordschleswig die Ausgangspunkte grundverschieden sein können. Jes Schmidts Erlebnisbild in der Kindheit war die Zugehörigkeit zu einer aktiv deutschgesinnten Familie in einer „Minderheit“ der Bevölkerung. Er besuchte drei Jahre lang die dänische Schule, bevor er in die deutsche Privatschule überwechseln konnte, die in Rödning entstand. Bei der Absolvierung der mittleren Reife an der Alexandrinschule in Tondern stieß er auf uns Tonderaner, aufgewachsen in einer Stadt mit deutscher Mehrheit. Jes Schmidt kam nun von der deutschen Schule in Tingleff, nachhaltig geprägt von der Persönlichkeit Rektor Koopmanns, der seine Begabung erkannt hatte.

Bis zum Abitur am Deutschen Gymnasium in Apenrade 1937 drückten wir zusammen die Schulbank in der großzügigen und verständnisvollen Obhut unseres „Chefs“, Dr. Gäde, und nicht selten zur Plage unserer Lehrer, mit denen uns dann lebenslang eine gute Freundschaft verband. Die Zeit war aus den Fugen, die Volksgruppe bewegt von den Ereignissen in Deutschland, zugleich innerlich zerrissen und organisatorisch zersplittert. Die meisten der Gymnasiasten waren leitend in der heil gebliebenen Jugendorganisation tätig, hatten zuwenig Zeit für die Schulbücher, aber lernten viel, vor allem über das Allzumenschliche. Jes Schmidt war unser Organisationsgenie. Die Mittel waren bescheiden.

Jes Schmidt, der sich bemerkenswerte Geschichtskenntnisse erworben hatte, war von Anfang an ein „Politiker“. Schon am Gymnasium betrachtete er es als seine Lebensaufgabe, für die deutsche Volksgruppe tätig zu sein, und daß es an führender Stelle sein werde, daran zweifelten wir nicht. Aber welchen Weg würde er beruflich gehen? Zunächst dachte er daran, in Kopenhagen Jura zu studieren, aber dann entschied er sich für die Presse und kam 1938 zur Ausbildung in die Redaktion der „Kieler Neuesten Nachrichten“, während der Unterzeichnete selbst bei den „Flensburger Nachrichten“ war.

Von Kiel, der am meisten bombardierten Stadt Deutschlands, wechselte Jes Schmidt, so könnte man sagen, in die Luftschutzkeller der alten Reichshauptstadt Berlin über. Wir wohnten zusammen bei „Mutchen Fanselow“, einer Pension an der Nürnberger Straße, und am Prager Platz, bevor das Haus in Trümmer fiel. Jes Schmidt war Nachrichtenredakteur bei der Reichsrundfunkgesellschaft und wurde im Herbst 1940 nach Oslo versetzt, wo er an den deutschen Sendungen beteiligt war und zugleich den Deutschen Verlag in Berlin als Auslandskorrespondent vertrat. Gelegentlich sahen wir uns in Berlin „zwischen Tür und Angel“.

*

Frage nach der Kapitulation: Wo ist Jes Schmidt geblieben? Er konnte nicht aus der Weltgeschichte verschwunden sein. An einem Januartag 1946, wenige Wochen vor Erscheinen der ersten Nummer der Wochenzeitung „Der Nordschleswiger“, brachte „Hejmdal“ des Rätsels Lösung mit einer Meldung aus Rödding, wonach die Polizei einen „Lord How-How“ aus Deutschland eingebracht habe, gegen den man, so meinte der Lokalreporter, wahrscheinlich die Todesstrafe beantragen werde. Aus dieser löblichen Absicht wurde nichts. Knapp vier Monate später wurde er in Rödding freigesprochen, der Ankläger legte Berufung ein, aber der Freispruch wurde vom Landgericht in Sonderburg bestätigt. Als er zwischen den beiden Freisprüchen mit einem Kofferchen in Apenrade eintraf, gewannen wir einen Mann, der nicht wieder eingesperrt werden konnte. Man bemerke in Beachtung der Zeitumstände den feinen Unterschied: Andere, die nicht verhaftet worden oder inzwischen auf freien Fuß gesetzt waren, hatten keine Sicherheit gegen Verhaftung, wohl aber ein Freigesprochener. Mit dem „fürstlichen“ Gehalt von 150 Kronen im Monat und dem Bescheid, eine Aufbesserung könne nur in Betracht kommen, wenn er selbst die finanziellen Voraussetzungen dafür schaffe, trat Jes Schmidt Anfang November 1946 in die Redaktion des „Nordschleswigers“ und das Deutsche Sekretariat ein.

Da wir das alte Büro Peter Callesens im Gebäude der Deutschen Hauptbücherei am Schulweg in Apenrade, das beschlagnahmt wurde, räumen mußten, saßen wir von November 1946 bis Herbst 1947 zusammengedrängt in einem Hinterzimmer des Geschäftshauses von William Boje, wir beide sowie Frau Inge Schlaikier und Fräulein Anneliese Bolten. Erst danach konnten wir in zwei abgeteilte Hotelzimmer des Theater-Hotels umziehen. Von diesen zeitgemäß bescheidenen Domizilen aus entfaltete Jes Schmidt nun neben der redaktionellen Arbeit sein Talent für Organisation nach seinem scherzhaften Motto: Wer Gott vertraut und feste um sich haut, der hat auf keinen Sand gebaut.

Das von ihm am 6. Oktober 1946 in einer Versammlung in Tingleff vertretene und mit Skepsis aufgenommene Postulat, man könne überall Ortsvereine bilden und den Aufbau des Bundes deutscher Nordschleswiger sowie der Zeitung durch

Sammlungen sichern, setzte er auf breiter Ebene in die Tat um. Im bitterkalten Winter 1946/47 schossen die Ortsvereine aus dem Boden, der finanzielle Zusammenbruch wurde verhindert, am 21. Juni 1947 konnte das Provisorium des Bundes abgeschlossen und der erste Hauptvorstand gewählt werden. Von dem Unterzeichneten übernahm Jes Schmidt die Leitung des Deutschen Sekretariats bis zum 1. Dezember 1951.

Vergessen wir auch nicht seinen entscheidenden Anteil am Wiederaufbau der deutschen Jugendarbeit in Nordschleswig, zunächst im Deutschen Jugendausschuß (gebildet am 16. Februar 1947), dann im Deutschen Jugendverband (gegründet am 8. Februar 1948). Zwischen diesen Daten lag die Zeit der Störung fast jeder Veranstaltung, aber auch die provisorische Aufräumung des Knivsberggeländes durch die Jugend und das durch sie ermöglichte erste Knivsbergfest nach dem Kriege am 29. Juni 1947 sowie die Gründung der „Nachschulspende“, mit deren „Bausteinen“ das Fundament für die eindrucksvolle Institution gelegt wurde, über die die deutsche Volksgruppe in Tingleff verfügt. Vor allem wurde durch die Nachschule eine Lücke soweit möglich geschlossen, die gerissen worden war, weil das deutsche Schulwesen zum Einsturz gebracht wurde.

*

Die organisatorischen und politischen Aktivitäten setzten sich vielfältig in der zwanzigjährigen Periode 1953 bis 1973 fort, in der Jes Schmidt als Nachfolger des Unterzeichneten Chefredakteur des inzwischen zur Tageszeitung mit eigenem Betrieb gewordenen „Nordschleswiger“ war, eine Position, die er auch nach seiner Wahl in das Folketing in den damit gesetzten zeitlichen und arbeitsmäßigen Grenzen einnahm. Die Kommunalpolitik als Mitglied der Apenrader Ratsversammlung (seit 1958) und des Magistrats (seit 1962) fand sein großes Interesse in dieser Periode, in der Jes Schmidt sich als Vizebürgermeister einen Namen machte.

Auf landespolitischer Ebene trat eine neue Entwicklung ein, als die deutsche Volksgruppe bei der Wahl vom 22. September 1964 ihr Folketingsmandat verlor. Der Vorschlag des damaligen dänischen Ministerpräsidenten Jens Otto Krag, einen Kontaktausschuß für die deutsche Minderheit zu schaffen, führte vom 18. Dezember 1964 an zu insgesamt vier Verhandlungsrunden über das dafür zu erarbeitende Statut. Mit Harro Marquardsen, Rudolf Stehr und Jef Blume gehörte Jes Schmidt zu den Beauftragten, die zäh und liebenswürdig um jede Position rangen, „Jes Schmidt mit dem Verhandlungstalent dessen, der einen Apfel nicht verkauft, ohne zwei Birnen dafür zu bekommen“, so hat der Unterzeichnete es einmal ausgedrückt.

Der Kontaktausschuß, der am 19. Mai 1965 die erste Sitzung in Kopenhagen abhielt, hat sich von Anfang an als nützliches Instrument zur Lösung einer Reihe

praktischer Fragen der deutschen Volksgruppe erwiesen, und Jes Schmidt gehörte ihm bei im übrigen etwas wechselnder Besetzung der deutschen Sitze bis zu seiner Wahl in das Folketing als aktiver Partner an. Für ihn war es zweifellos ein guter Auftakt für die Aufgabe, die auf ihn zukommen sollte, nicht zuletzt durch die persönlichen Beziehungen zu dänischen Politikern, die im Kontaktausschuß entstehen.

*

Hier soll die Diskussion nicht berührt werden, ob es prinzipiell richtig war, bei der Wahl vom 4. Dezember 1973 auf das verblüffende Angebot Erhard Jakobsens einzugehen, auf der Grundlage einer formulierten Absprache einen Vertreter der deutschen Volksgruppe für die Zentrum-Demokraten kandidieren zu lassen. Wenn ja, dann mußte Jes Schmidt der richtige Mann sein, um eine solche in der Volksgruppe selbst umstrittene und in der Ausführung überaus schwierige Hauptrolle zu spielen. Hier kam es auf einen Kandidaten an, der fernab schwer faßbarer Visionen ein Praktiker war wie Jes Schmidt.

Durch die Fügung des Schicksals, daß Erhard Jakobsen vom rechten Flügel der Sozialdemokratie absprang und bei der ersten Wahl der Zentrum-Demokraten mit 14 Abgeordneten in das Folketing einzog, wurde es der deutschen Volksgruppe möglich, Jes Schmidt nach Christiansborg zu entsenden. Die Fügung bestand auch darin, daß die Zentrum-Demokraten ohne ideologischen Ballast in der Mitte des Hauses agieren, ja, kaum von einem Programm gebunden sind, rein pragmatisch handelnd, wie es dem Temperament Erhard Jakobsens entspricht, der in keine Schablone paßt. Keine andere Partei wäre für dieses Manöver in Betracht gekommen.

Mit Jes Schmidt fiel Erhard Jakobsen eine Apfelsine in den Turban, denn er bekam ein Fraktionsmitglied, das zwar keine Gelegenheit ausließ, für die Lösung der Probleme der deutschen Volksgruppe einzutreten und regionale Interessen Nordschleswigs wahrzunehmen, aber auch allgemein ein Plus für die Fraktion zu werden versprach. Der parlamentarische Apparat war für Jes Schmidt wie eine Himmelswiese und kein Schreckgespenst. Prompt rückte er in wichtige ständige Ausschüsse ein, wurde ein unentbehrlicher Berater der Fraktion und schmiedete geschickt mit an den Kompromissen, die in einem Vielparteien-Parlament nun einmal unvermeidlich sind.

Diese Hauptrolle wurde noch stärker unterstrichen, als die Zentrum-Demokraten bei der nächsten Wahl vom 9. Januar 1975 auf vier Mandate zusammenschumpften und doch unentbehrliche Kompromißpartner blieben. Nominell stellte Jes Schmidt ein Viertel der Zentrum-Demokraten dar, de facto weit mehr.

Überlassen wir es den Historikern, darüber näher zu befinden.

Amtsbürgermeister Erik Jessen 60 Jahre – Ein Interview

Am 23. September d. J. beging der erste Mann des Sønderjyllands Amtsråd, Amtsbürgermeister Erik Jessen, Apenrade, seinen 60. Geburtstag. Auf einem Empfang am Tage vorher war er der Mittelpunkt einer großen Versammlung, deren Teilnehmer durch ihre Gratulation in Jessen einen Mann ehren wollten, der sich um das Gemeinwohl in Nordschleswig verdient gemacht hat. Die Grenzfriedenshefte baten Erik Jessen um ein Interview, das er freundlich gewährte. Mit dem Amtsbürgermeister sprach Dr. H. P. Johannsen (Gfh-jo).

*

Gfh-jo: Seit Sie in Ihrer Heimatstadt Apenrade als Kaufmann in das Berufsleben traten und in relativ jungen Jahren Bürgermeister dieser Stadt wurden, schlug das Pendel Ihrer öffentlichen Tätigkeit immer deutlicher nach der kommunalpolitischen Seite aus. Haben Sie diese Entwicklung begrüßt und als Aufgabe angesehen oder denkt der Amtsbürgermeister gelegentlich mit einer kleinen Sehnsucht an den aktiven Handelsherrn zurück?

Erik Jessen: Nein, das tut er nicht, doch denke ich gern an meine Zeit als Kaufmann zurück. Dann jedoch zog es mich mehr zur Kommunalpolitik als zum Handel. Ich hoffe jedoch, daß ich immer noch meine Erfahrungen als praktischer Wirtschaftsmann in den Entscheidungen anwende, die ich in der Politik mit herbeiführe. Und hier denke ich insbesondere an die ökonomische und administrative Seite. Sicherlich ist es gesund für einen Politiker, dazu erzogen zu sein, zu wissen, daß Geld herein muß, ehe es ausgegeben werden kann.

Die Ratsherren früherer Zeiten waren ja im übrigen sehr oft Kaufleute. Sie wirkten zum Wohle der Stadt, wohl wissend, daß das, was für die Stadt gut sei, auch dem Wirtschaftsleben der Stadt nützte. So ist es wohl immer noch.

Ganz habe ich jedoch den Kontakt mit dem praktischen Wirtschaftsleben nicht aufgegeben. Man hat mir das Vertrauen erwiesen, mich auch hier für Aufgaben zu wählen, die besonders innerhalb des Bereichs der Finanzen liegen, wie man heute sagt.

Gfh-jo: Sie haben als dänischer Nordschleswiger in jungen Jahren die hoffentlich letzte Konfrontation in den langen und schwierigen Beziehungen zwischen Deutschen und Dänen miterlebt und standen Ihren Mann. Sie waren nach dieser Belastung zu einem frühen Zeitpunkt bereit, das menschliche und politische Mißtrauen zwischen beiden Völkern – vor allem in der Grenzbevölkerung – zu überwinden. Sie waren auf dänischer Seite einer der führenden Kräfte in der kommunalpolitischen Entwicklung der Kontakte über die Grenze, die zuerst in den

Dänisch-Deutschen Tagen ihren Ausdruck fanden.

Blicken Sie mit Befriedigung auf diese Ihre Arbeit seit 1958 zurück und bejahen Sie eine Fortsetzung – vielleicht auch in neuen, noch unbekanntenen Formen?

Erik Jessen: Ja, mit großer Befriedigung blicke ich auf diese früheren Initiativen zurück, zu denen ich im übrigen besonders von Dänen, die den Jahren nach älter waren als ich, inspiriert wurde. Man ging davon aus, daß wir nicht weiterkommen würden, wenn wir ausschließlich in den Erinnerungen von 1848 und 1864 lebten. Auch befand man sich in einigem Abstand von der deutschen Besetzung Dänemarks. Nun mußten wir vorausblicken und nicht allein zurück. Unter den neuen Möglichkeiten mußten wir dafür wirken, daß unsere Grenzen nicht auf Dauer als Unruhegebiete verblieben. Deshalb mußten wir uns besser kennenlernen und müssen auch bereit sein, neue Formen zu finden, aber diese müssen tragfähig sein.

Man bedenke im übrigen, daß dänische Widerstandskämpfer nicht in einem anderen Sinne deutschfeindlich waren als dem, daß sie gegen die deutsche Besatzungsmacht und den deutschen Nazismus auftraten.

Gfh-jo: *Würden Sie auch Arrangements zustimmen können, bei denen es nicht nur auf eine größtmögliche Menge der Teilnehmer ankommt, oder hätten Sie den „Mut zur kleinen Zahl“ zwecks Information deutscher und dänischer Teilnehmer über die Grundlagen modernen deutschen und dänischen staatspolitischen Lebens? Wir denken dabei an Information für die „Multiplikatoren“.*

Erik Jessen: Ich glaube, früher gesagt zu haben, daß es natürlich sehr schön ist, so viele Menschen wie möglich zum Beisammensein zu vereinen, daß es aber heute noch eine Aufgabe ist, eher Gruppen leitender Menschen zum Gespräch in nicht allzu großen Versammlungen zusammenzuführen. In diesen Gesprächen müßten auch die Skeptiker dabeisein können. Nicht immer tut es „die Masse“.

Gfh-jo: *Sie sind in erster Linie Kommunalpolitiker und trugen sich als erfolgreicher erster Amtsbürgermeister Nordschleswigs in das Buch der Heimatgeschichte ein. Ihre Leistungen auf administrativem und wirtschaftlichem Gebiet sind aus Anlaß Ihres Geburtstages öffentlich gewürdigt worden. Ihre Arbeit mußte zwangsläufig aber auch eine Art „Zuarbeit“ für die Außenpolitik Ihres Landes werden. Sehen Sie das auch so?*

Erik Jessen: Man könnte sicher Amtsbürgermeister in Nordschleswig sein, ohne sich in „die lokale Außenpolitik“ einzumischen, aber das würde die Arbeit weniger interessant machen. Jedenfalls haben die grenzpolitischen Verhältnisse mich seit meiner frühen Jugend interessiert. In der Tat sind sie eine Aufgabe, die ich sehr schätze, obwohl niemand sie mir übertragen hat, und obwohl es keine Direktiven gibt.

Ich glaube, daß man in Kopenhagen voraussetzt, daß ich mich vernünftig verhalte, und dann besteht ja kein Grund zur Einmischung. Das ist sicher ein typisches, aber gutes Beispiel dänischer demokratischer Administration.

Gfh-jo: Beim Besuch des Bundespräsidenten Scheel bei der deutschen Volksgruppe in Tingleff äußerten Sie den bemerkenswerten Gedanken, daß es im Leben der beiden Minderheiten an der Grenze nicht nur auf das Geld, sondern auf die innere Kraft – wir verstanden Sie so: das Bekenntnis zu einer klaren dänischen oder deutschen Entwicklung der Gruppe – ankäme. Begrüßen Sie unter solchem Gesichtspunkt nicht nur das Fortbestehen, sondern auch die gesunde Entwicklung beider Gruppen und empfehlen Sie den beiden Staaten eine vernünftige Förderung dieser Gruppen?

Erik Jessen: Wenn ich in Tingleff über dieses Thema sprach, dann deswegen, weil mir schien, daß in den letzten Jahren ein großer Teil der nach außen sichtbaren Minderheitendebatte sich auf das ökonomische bezog. Und dabei könnte man ja das Eigentliche vergessen, nämlich daß keine Minderheit durch von außen kommende ökonomische Hilfe allein aufrechterhalten und entwickelt werden kann. Der Wunsch oder das Bewußtsein, deutsch oder dänisch zu sein, ist die eigentliche Grundlage für die Existenz einer Minderheit. Wenn diese fortfällt, kann noch so viel Geld nicht helfen. Aber nachdem ich das nun gesagt habe, so halte ich daran fest, daß das „Wirtsland“ – oder wie soll man es nennen – eine klare Verpflichtung hat, die Minderheiten so weit wie möglich mit den übrigen Einwohnern des Landes gleichzustellen. So einfach ist das. Auch wenn es etwas kostet.

Gfh-jo: Der bekannte Pastor Tonnesen, Hoptrup, nannte einst Nordschleswig einen Hexenkessel mit seinen zahllosen Spannungen religiöser und politischer Art. In Ihrem gastfreien Haus pflegen Sie, Herr Amtsbürgermeister, mit Ihrer Gattin einen Stil, der Nordschleswig heute eher als einen guten Wein empfinden läßt, klar und freundlich, auf jeden Fall würzig. Sind Sie der Meinung, daß wir alle in dieser Region mehr miteinander sprechen müßten als früher?

Erik Jessen: Meine Frau und ich finden eigentlich, daß wir mehr Menschen bei uns zu Haus – sowohl von nördlich als südlich der Grenze – begrüßen müßten. Denn die Begegnungen, die wir hatten, erschienen uns sehr positiv. Aber Sie wissen ja, wie es geht: da sind Sitzungen, da ist Eile, und bei allem vergessen wir das vielleicht wichtigste: uns mit den Menschen, mit denen man zusammenarbeitet oder denen man hier und da begegnet, unter anderen Formen zu treffen. Das sollten wir sicherlich alle noch entwickeln.

Gfh-jo: Die Zeit – oder der Zeitgeist – ging auf Sie zu. Sie gingen ihm entgegen.

Der Beobachter empfindet es so, daß dies ein Glücksfall für Sie und die Bewohner beiderseits der Grenze wurde. Teilen Sie unsere Freude darüber?

Erik Jessen: Ich bin darüber glücklich, die Möglichkeit erhalten zu haben, an der Arbeit, auf die ich zurückblicken kann, teilzunehmen, aber es beruht wohl auf Zufällen, daß es so kam. Die richtige Situation muß da sein, und man selbst muß zur gleichen Zeit und zur gleichen Stelle da sein. Es ist wohl recht zufällig, aber ich freue mich über die Möglichkeit, die ich erhielt.

Morten Kamphövener 90 Jahre

Ein Journalist mit göltiger Aussagekraft

Morten Kamphövener wurde am 6. September 90 Jahre alt. Er kam 1889 als Sohn eines Landwirts in Stepping zur Welt. Nach dem Ersten Weltkrieg Journalist bei „Danskeren“, von 1929 bis 1936 als Redaktionssekretär und später als politischer Redakteur mit Sitz in Apenrade maßgeblich am Aufbau von „Jydske Tidende“ beteiligt, die gerade auf ihr 50-jähriges Bestehen zurückblicken und dabei sicherlich den Namen Morten Kamphövener ganz besonders in Erinnerung haben wird.

*

Die journalistische Lebensleistung Morten Kamphöveners hat einen Anspruch auf das besondere Interesse auch seiner deutschen Landsleute, weil Kamphövener *geborener* Journalist ist, nämlich ein Mann der Feder, der das Detail scharf erfaßt und es zugleich in größere Zusammenhänge stellt und es so bildhaft schildert, daß er aus einer Story ein System macht, weil Kamphövener zweitens ein dänischer Nordschleswiger ist, dem auch der deutsche Landsmann eine große Sachkenntnis der nationalpolitischen Entwicklungen und eine vernunftbetonte Beurteilung derselben nicht absprechen und zugleich seinen Standpunkt achten wird, weil dieser mit offenem Blick für die andere Meinung, die deutsche, verbunden ist, weil Kamphövener schließlich drittens eine Persönlichkeit ist, der privat zu begegnen für den Gesprächspartner ein Gewinn wird.

Als Journalist von Geburt und Rang erweist sich Kamphövener in zwei Feuilletons, die sich in einem Auswahlband seiner Aufsätze und Artikel finden, der 1971 unter dem Titel „Klang af Skæbne og Tynge“ im Dy-Po Verlag erschien. In dem einen dieser Feuilletons ist eine Szene in einem Gemach des Gottorfer Schlosses – es handelt sich dabei um ein Gespräch zwischen dem Herzog Johann Adolph und

seinem Rat Johann von Wowern über ein furchtbares Geschehnis in Apenrade 1610 – ungeheuer plastisch eingefangen, und das gleiche gilt von dem zweiten Beispiel, in dem der Besuch eines englischen Lords beim Herzog in Rendsburg geschildert wird. Hinter der Farbigkeit der Darstellung verbirgt sich die präzise Erarbeitung des Details, so daß der Leser einen deutlichen Eindruck von der Atmosphäre an dem kleinen Gotorfer Hofe erhält, der so große politische Bedeutung im 17. Jahrhundert besaß.

In den politisch-psychologisch akzentuierten Artikeln des Bandes (*Den første jordkamp*) und (*Fra fortig til nutid – et længdesnit*) beweist Kamphövener erneut seine Kenntnis des historischen Stoffes. Es wird deutlich, daß er ihn aus eigener Auffassung wertet, wenn er die starke Stellung des deutschen Adels in unserer Heimat im Mittelalter in ihrer nationalpolitischen Bedeutung in Verbindung mit wirtschaftlichen Ursachen beschreibt. Kamphövener sieht die Situation jedoch im Zusammenhang damaliger europäischer Allgemeingeschichte und läßt sich nicht zu emotional entstellten Auslegungen des Geschehens hinreißen. Ebenso betrachtet er die Entstehung des Heimdeutstums nicht nur aus idealistischer, sondern zugleich aus gesellschaftspolitischer Sicht. In der Betrachtung der jüngeren Heimatgeschichte weist er auch immer wieder auf den Zusammenhang von gesamteuropäischen und heimatlichen regionalen politischen Entwicklungen hin, letzteres auch in bezug auf die Ereignisse von 1945–1950 an der deutsch-dänischen Grenze.

Aus dem *Grenzkampf* der Zeit von 1914 kommend, ist Kamphövener jung genug geblieben, um die Entwicklung an unserer Grenze von 1949 bis heute positiv zu bewerten.

Ein Juwel in dem genannten Sammelbande seiner Aufsätze gelang Kamphövener mit dem Essay „Herman Bangs sønderjyske modeller“. Die sowohl von einem Nachempfinden der Bangschen Dichtung als auch von eigener schriftstellerischer Bravour getragene Schilderung enthält eine genaue Beschreibung der Figuren des Romans Herman Bangs „De uden Fædreland“, die der Dichter 1904 bei einem Aufenthalt in Vamdrup kennenlernte und durch seinen Roman unsterblich machte. Der Roman ist ein Kunstwerk, das auch für deutsche Leser heute noch zur anregenden Lektüre wird. Am Beispiel der dänischen Nordschleswiger von 1904 wird man angeregt, darüber nachzudenken, daß Deutschsein auch 1980 eine Aufgabe ist.

Die Literaturgeschichte wird Kamphövener für diesen Beitrag zur Quellenkunde eines Romanes europäischen Ranges zu Dank verpflichtet bleiben.

Kamphövener hat als Journalist stilbildend gewirkt. Er konnte dies, weil er die hohe Kunst, das Leben sehr genau zu beobachten, beherrscht und sich sowohl von diesem Leben zu distanzieren als an ihm zu beteiligen vermag. Morten, wie er im Kreise seiner Freunde genannt wird, ist der Mann der klugen und heiteren

Unterhaltung zugleich, der blitzschnell in der Unterhaltung zwischen ernst und heiter zu wechseln versteht. Über das Grenzland schrieb er das kluge Wort: „Hier geht das Leben seinen eigenen Gang und schafft sowohl streitbare und liebende Geister als auch unerschütterlichen Glauben und kluge Skepsis.“ Dem Grenzfriedensbund begegnete Morten Kamphövener von Anfang an mit großem Interesse. Er nahm an vielen seiner Veranstaltungen teil und trat insbesondere zu Jens Nydahl und Detlef Hansen in nähere Verbindung. Der Unterzeichnete bekennt dankbar, daß er von dem Landsmann und Journalisten Morten Kamphövener viel gelernt hat.

Dr. Hans Peter Johannsen

Hans Schmidt-Gorsblock zum 90. Geburtstag

Über das literarische Werk des Nordschleswigers Hans Schmidt:

Es ist Heimatkunst, aber es ist mehr als das. Heimatliteratur im alten Sinne ist größtenteils ideenlos, ist oft einfach angewandte Volkskunde, auf jeden Fall fast immer nur Stoff. Denn die passive Gefühlswärme, die so stark in den sogenannten Heimatromanen waltet, täuscht echtes Erleben nur vor. Damit soll nicht in Abrede gestellt werden, daß in der Heimatliteratur oft ein sehr sauberer Spiegel echten Volkstums geschaffen wurde, nur es handelt sich nicht um Dichtung. Schmidt-Gorsblock gibt mehr als Stoff, er gestaltet eine Idee. Und zwar erfüllt er die Berufung des künstlerisch begabten Menschen, der uns das persönliche und nationale Leben zugleich bereichert und deutet.

Mit diesen Sätzen beschloß der Unterzeichnete vor über drei Jahrzehnten eine ausführliche Würdigung des damals vorliegenden Schaffens des in Gorsblock bei Lügumkloster lebenden Lehrers, Bauern und Schriftstellers Hans Schmidt. Er findet nach 36 Jahren keine Veranlassung, an seiner Auffassung etwas zu ändern, jedoch möchte er darauf hinweisen, daß seit jener Zeit das Werk Hans Schmidts nicht nur an Umfang, sondern in den neueren Teilen noch eindringlichere Aussagekraft gewann.

Ein Sommerabend, gesehen mit den Augen Hans Schmidts:

*Das Himmelsblau
versinkt ins Grau
der hellen Sommernacht.
Vom stillen Meer
ziehn Nebel her
und stehn am Walde Wacht.
Und einsam zieht*

*ein Drossellied
vom Walde durch die Flur,
das klingt so voll,
so sehnsuchtsvoll.
Der Mond geht seine Spur.*

Wer solche Verse schreibt, offenbart ein gut beobachtendes Auge wie auch die Fähigkeit, Gedanken und Empfindungen in bleibende sprachliche Form zu bringen, wie denn auch der Schriftsteller Hans Schmidt mit dem Naturwissenschaftler in ihm nahe verwandt ist. So entstand in Versen und Schilderungen in deutscher Sprache die westschleswigsche Landschaft.

In der Prosa erhält der Leser in neuen und älteren Erzählungen ein Bild der Menschen und ihrer Themen. Wir erfahren von der wirtschaftlichen Not während der zwanziger und dreißiger Jahre, von schweren Spannungen zwischen dänischen und deutschen Landsleuten und von Untiefen des Menschenherzens (Die Siegerin). Schmidt-Gorsblock wäre weder Erzähler noch Nordschleswiger, wenn nicht auch ein Lächeln weisen Betrachtens über manchem Bilde schweben würde. So z. B. über der Figur des Jens Einwenig, über den es in der betreffenden Novelle heißt: „Denn das Leben ist wirr und bunt und kargt auch oft mit dem, was man gemeinhin Glück heißt. Aber bei aller Buntheit hat es Harmonien, die Aug und Seele beruhigen; in aller Wirrnis gibt es grundgefestigte Felsen, von denen aus der Strudel nicht schwindelnd macht, und von der herzerfrischenden Arznei, die Freude heißt, teilt es jedem eine Gabe aus, zum mindesten doch – ein wenig.“
Das ist gute Literatur !

Dr. Hans Peter Johannsen

Seit 1971 erschienen im Verlag Christian Wolff - Flensburg und in der Husum Druck- und Verlagsgesellschaft mehrere Bücher von Hans Schmidt, so daß der Leser praktisch des Gesamtwerk von heute in handlichen Ausgaben besitzen kann.